

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 150.

Dienstag, den 30. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zur Kritik des Liberalismus.

Die preussischen Landtagswahlen mit ihren Misserfolgen für die Liberalen aller Schattierungen hatten verschiedene liberale Blätter veranlaßt, ein wehleidiges Geschrei darüber anzustimmen, daß die Sozialdemokratie in erster Linie immer den Liberalismus bekämpfe, obwohl er ihr doch viel näher stehe, als ihr Todfeind, das Junkertum. Diesen Vorwurf weist Genosse Mehring in der letzten „Neuen Zeit“ wie folgt zurück:

Der Lärm über die bewußte oder unbewußte Unterstützung der absolutistisch-feudalen Reaktion durch die deutsche Arbeiterbewegung ist so alt wie diese selbst. Man weiß ja, wie mit diesem Schwindel schon gegen Casselle gekämpft wurde, und der brave Eugen Richter hat sich all sein Lebtag davon genährt. Tatsächlich fand aber bis zu einem gewissen Grade das Gegenteil statt; hätte die Bourgeoisie sonst nur gewollt, so hätte die neu entstehende Arbeiterbewegung ihren eigenen Emanzipationskampf nicht gehindert, sondern gefördert, nicht nur insofern, als die Sozialdemokratie stets bereit war, der Bourgeoisie willige Gefolgschaft zu leisten, wenn es bürgerliche Reformen zu erkämpfen galt, als auch in dem allgemeinen Sinne, daß die Arbeiterbewegung der Regierung selbst die Junkerherrschaft immer unerträglich machte. Die seit dem Jahre 1840 langsam verwesende Monarchie hatte den Kampf zwischen Adel und Bourgeoisie, worin sie das Gleichgewicht erhielt, zur Grundbedingung gehabt: sobald es darauf ankam, nicht mehr den Adel gegen das Andrängen der Bourgeoisie, sondern alle bestehenden Klassen gegen das Andrängen des Proletariats zu schützen, mußte die alte absolute Monarchie übergehen in die eigens für diesen Zweck herausgearbeitete Staatsform: in die bonapartistische Monarchie.

Engels hat diesen Entwicklungsprozeß in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eingehend geschildert, in seiner Abhandlung über die Wohnungsfrage und auch sonst. Er hob zugleich hervor, daß dieser Übergang der größte Fortschritt gewesen sei, den Preußen seit 1844 gemacht habe. Preußen war eben immer noch ein halb feudaler Staat, und der Bonapartismus ist jedenfalls eine moderne Staatsform, die die Beseitigung des Feudalismus zur Voraussetzung hat. Preußen mußte sich also entschließen, mit seinen zahlreichen feudalen Resten aufzuräumen, und das Junkertum als solches opfern. Es geschah natürlich in der mildesten Form und nach der besten Methode: Immer langsam voran. Als Beispiel führte Engels damals die vielberühmte Kreisordnung an, die von den Junkern so heftig angefochten wurde, daß die Regierung eines Pairschubs bedurfte, um den Widerstand des Herrenhauses zu brechen. Die Kreisordnung hob die feudalen Vorrechte des einzelnen Junkers auf seinem Gut auf, aber nur um sie als Vorrechte des gesamten Großgrundbesitzes für den Kreis herzustellen. „Die Sache selbst bleibt, nur wird sie aus dem feudalen in den bürgerlichen Dialekt überetzt. Man verwandelt den altpreussischen Junker in so etwas wie einen englischen Squire, und er brauchte sich garnicht so sehr dagegen zu sträuben, denn der eine ist so dumm wie der andere.“

Abfassung des Feudalismus ist nun aber, positiv ansgedrückt, Herstellung bürgerlicher Zustände. In demselben Maße, wie die Adelsprivilegien fallen, verbürgerlicht sich die Gesetzgebung. Es war nun begreiflich, daß die Regierung, wenn sie genötigt war, bürgerliche Reformen durchzuführen, sie aufs engste beschränkte, sie als ein der Bourgeoisie gebrachtes Opfer, als ein den Junkern mit Mühe und Not entrissenes Zugeständnis darstellte, wofür die Bourgeoisie der Regierung nun auch wieder Zugeständnisse machen mußte. Was sich aber keineswegs begreifen, oder wenn schon begreifen, so doch keineswegs verzeihen ließ, das war die Taktik der Bourgeoisie, die auf diese Täuschung einging, obwohl sie sich über den Sachverhalt vollkommen klar war. Daraus entstand dann der stillschweigende Vertrag, der die stumme Grundlage aller Reichstagsverhandlungen in den siebziger Jahren bildete. Einerseits reformierte die Regierung die Gesetze im Schneekengelopp im Interesse der Bourgeoisie, beseitigte sie die feudalen und kleinstaatlichen Hindernisse der kapitalistischen Produktionsweise, schaffte sie Gewichts-, Maß- und Münzeinheit, Gewerbefreiheit usw., stellte dem Kapital durch die Freizügigkeit die deutschen Arbeitskräfte zur unbeschränkten Verfügung, begünstigte Handel und Schwindel. Andererseits überließ die Bourgeoisie der Regierung alle wirkliche politische Macht, vertierte Anleihen, Steuern und Soldaten und half alle neuen Reformgesetze so abfassen, daß die alte Polizeigewalt über mißliebige Individuen in voller Kraft blieb. So erkaufte die Bourgeoisie ihre allmähliche gesellschaftliche Emanzipation mit dem sofortigen Verzicht auf ihre eigene politische

Macht. Das war um so unverzeihlicher, als sie sowohl bei ihrer gesellschaftlichen Emanzipation als auch bei ihrem Streben nach politischer Macht gegenüber der Krone und dem Junkertum die Arbeiterklasse hinter sich hatte. Allein gerade die Furcht vor der Arbeiterbewegung, und keineswegs die Furcht vor der Regierung, machte der Bourgeoisie jenen Pakt mit der Krone und dem Junkertum annehmbar, bei dem sie selbst so schlecht abschnitt.

Dieser Zusammenhang der Dinge war allen geschickten Leuten schon vor dreißig Jahren klar, jedoch was selbst den geschicktesten Leuten damals noch keineswegs einleuchtete, das war die Möglichkeit eines Verzichtes der Bourgeoisie selbst auf ihren Schneekengelopp. Engels schrieb 1874 in einem heute vergessenen Artikel: „Somit hat Preußen das sonderbare Schicksal, seine bürgerliche Revolution, die es 1808 bis 1813 begonnen und 1848 ein Stück weitergeführt hat, Ende dieses Jahrhunderts in der angenehmen Form des Bonapartismus zu vollenden. Und wenn alles gut geht und die Welt fein ruhig bleibt und wir alle alt genug dazu werden, so können wir es vielleicht im Jahre 1900 erleben, daß die Regierung in Preußen alle feudalen Einrichtungen abgeschafft hat, daß Preußen endlich auf dem Punkt ankommt, wo Frankreich 1792 stand.“ Man sieht daraus, wie sehr Engels, dem man gewiß keine besondere Vorliebe für die Bourgeoisie vorwerfen kann, sie dennoch überschätzt hat; wenn er meinte, daß sie es im Jahre 1900 über die Junker endlich davongetragen haben werde, so ist sie vielmehr 1908 völlig im Schlepptau der Junker; im Reichstagsblock wird sie nur als Stimmvieh gezählt und im Landtag, mit seinem so recht auf ihre plutokratischen Interessen zugeschnittenen Wahlrecht, bildet sie eine ohnmächtige Minderheit gegenüber der junkerlichen Mehrheit.

Natürlich ist gar nicht daran zu denken, daß eine solche historische Entwicklung jemals aus sich selbst heraus umschlagen, daß die deutsche Bourgeoisie sich politisch wiederfinden könne, und wenn es wirklich glückselig geben sollte, die sich bisher mit solchen Gedanken getragen haben, so sind sie durch den Ausfall der preussischen Landtagswahlen eines anderen belehrt worden. Eben deshalb darf man sich nun aber keinen Täuschungen mehr darüber hingeben, wo die eigentliche Wurzel der Junkerherrschaft steckt, keinen Täuschungen darüber, daß es nichts hilft, bloß auf den Sack zu schlagen, wenn man nicht auch den Esel trifft, der den Sack trägt. Allerdings heißt es im kommunistischen Manifest, daß die Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie und das feudale Grundeigentum kämpfen müsse, aber möhlgemerkt unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie revolutionär aufsteht, und wenn Marx zur Zeit des preussischen Verfassungskonfliktes meinte, er habe bei Abfassung des kommunistischen Manifestes vorausgesetzt, die deutsche Bourgeoisie werde immer mindestens so viel Kampflust und Selbstbewußtsein bewahren wie in den vierziger Jahren, so sind wir heute über den holden Wahn hinaus, daß sie auch nur noch jenes geringe Maß von Kampflust und Selbstbewußtsein besitze, das sie in den Tagen des preussischen Konfliktes noch aufzutreiben wußte.

Verkannt soll deshalb keineswegs werden, daß sie ihre historische Schuldigkeit, die sie auf politischem Gebiet so jammervoll vernachlässigt, seit 1848 und namentlich seit 1870 auf ökonomischem Gebiet in vollem Maße getan hat. Sie hat einen großen Handel und große Industrien geschaffen, und sie entwickelt die kapitalistische Produktionsweise in einem Umfang, der ein immer zahlreicheres Proletariat erzeugt, drückt und schult. Diesen Ruhm kann sie mit Recht beanspruchen, und wenn es auch sehr wieder ihren Willen geschieht, so macht sie dadurch ihre politischen Sünden doch wieder gut. In dem Maße, wie sie sich unter die Fülße des Junkertums wirft, entfremdet sie sich der Arbeiterklasse, und indem sie das Rad der historischen Entwicklung rückwärts zu drehen sucht, beschleunigt sie seinen Gang nach vorwärts.

Daran ist nun einmal nichts zu ändern, und am törichtesten wäre es, wenn die Sozialdemokratie durch ein Entgegenkommen oder auch nur ein schonendes Schweigen die selbstmörderische Politik der Bourgeoisie hemmen wollte. Das würden ihr die braven Bourgeois als ein Zeichen innerer Schwäche auslegen, und an ihrem Teil um so übermütiger werden. Wenn sie durch die unzähligen Niederlagen, die sie seit vierzig Jahren erlitten haben, nicht zu bekehren und zu belehren gewesen sind, so werden sie es durch Güte noch viel weniger sein.

Und alles in allem — welchen Grund haben wir, uns zu beklagen, wenn die Bourgeoisie ökonomisch immer neue Proletarier schafft und jedem neugeschaffenen Proletarier politisch jede Hoffnung benimmt? Das ist ganz unser Interesse, und wir haben uns nur zu hüten, durch unzeitige Schonung des Liberalismus in den eigenen Reihen trügerische Hoffnungen zu erwecken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kuhhandel in Flensburg.

Bürgerliche Blätter berichten: Über die Vorgänge der Flensburger Wahl gibt der Vorstand des Provinzialausschusses des Nationalliberalen Landesverbandes Schleswig-Holstein und Lübeck aktentätige Mitteilungen, die die Flensburger Wahlvorgänge in einem noch weit schlimmeren Licht erscheinen lassen, als dies bisher schon der Fall war. Danach hatte der Vorsitzende des Ausschusses, Justizrat Schirren-Kiel, am 8. Juni aus Flensburg Nachrichten erhalten, die einen Pakt der dortigen Freisinnigen mit den Sozialdemokraten in Aussicht stellten, während von anderer Seite ein agrarisch-konservativ-freisinniges Wahlbündnis zur Teilung des Flensburger nationalliberalen Besitzstandes für Landtag und Reichstag unter Freisinnige und Agrarier als bevorstehend gemeldet wurde. Hierdurch fuhig geworden, wünschte Justizrat Schirren von der Leitung der vereinigten linksliberalen Parteien der Provinz für die nationalliberale Unterstützung bei der definitiven Wahl in Kiel und Altona, wo die Wahl der freisinnigen Kandidaten gegen die Sozialdemokraten nur mit Hilfe der Nationalliberalen möglich war, eine Versicherung freisinniger Gegenleistung in Flensburg. Hervorgehoben wurde noch besonders dabei, daß der Augenblicksgewinn des Flensburger Mandats für den Linksliberalismus die daraus folgende Zerstörung des angebahnten besseren Verhältnisses zwischen den gesamten liberalen Parteien für die Zukunft in der Provinz und außerhalb nicht entfernt werde auswiegen können. Daraus erwiderte Dr. Struve offiziell von Partei wegen, er habe bereits an Dr. Duus (den freisinnigen Kandidaten in Flensburg) in diesem Sinne geschrieben und von ihm persönlich eine Zusicherung erhalten, die die Nationalliberalen wegen der Gegenleistung völlig beruhigen könne. Weiter erhielt der Chefredakteur der freisinnigen „Kieler Zeitung“, Meppa, Mitglied der Leitung der vereinigten linksliberalen Parteien der Provinz, folgendes in Flensburg, den 15. Juni, um 10 Uhr 35 Min. aufgegebene Telegramm: „Die Freisinnigen treten, wenn sie im ersten Wahlgange ausfallen, geschlossen für Metzger ein. Duus.“ Weiter wird ein vom 15. Juni datiertes Schreiben des Rechtsanwalts Waldstein, des freisinnigen Kandidaten in Altona, an Justizrat Schirren bekannt gegeben, wonach er soeben von Dr. Duus die Mitteilung erhalten habe, „daß er für den Fall einer Stichwahl die Unterstützung Metzgers (des nationalliberalen Kandidaten in Flensburg) durch die Freisinnigen für selbstverständlich halte und dies mehrfach zum Ausdruck gebracht habe.“ Die Nationalliberalen haben denn auch am Wahltag, dem 16. Juni, geschlossen in der Stichwahl dem freisinnigen Kandidaten zum Siege geholfen. Die von Justizrat Schirren gezeichnete Rundgebung des Vorstandes des nationalliberalen Provinzialausschusses schließt: Nach obigem . . . unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß die linksliberale Parteileitung von Dr. Duus absichtlich irreführt und getäuscht und ohne deren Wissen zum Helfer seines Vorgehens gemacht worden ist. Danach ist die Annahme der Resolution (des freisinnigen Vereins zu Flensburg vom 24. Juni) falsch, daß die Zentrale der freisinnigen Parteileitung durch unrichtige Zeitungsnachrichten falsch unterrichtet worden ist. Nach den soeben bekannt gewordenen öffentlichen Rundgebungen der freisinnigen und volksparteilichen Parteileitungen ist bestimmt anzunehmen, daß der Flensburger Wahlvertrag von diesen verhindert und Dr. Duus nicht Abgeordneter geworden wäre, wenn er nicht verfahren, wie geschildert.

Treu und Glauben der Blockbrüder unter sich! Dieser Dr. Duus, der jetzt Landtagsabgeordneter ist, kann es bei seiner politischen Gewandtheit gewiß noch weit bringen.

Sich freisinnig.

Zu dem Telegramm des Oberreichsanwalts Zwegert an den Genossen Liebknecht, das ihm den Urlaub zur Eröffnungssitzung des preussischen Landtages verweigerte, hat die „freisinnige“ „Bosfische Zeitung“ die Stirn, folgendes zu schreiben:

Daß die Landtagsöffnung in der Tat kein hinreichender Grund war, das Gesicht des Dr. Liebknecht um Unterbrechung der Strafvollstreckung zu bewilligen, beweist die Tatsache, daß die übrigen sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der heutigen gemeinsamen Eröffnungssitzung beider Häuser nicht beigewohnt haben. In der Sache wird man daher den Entscheid des Oberreichsanwalts Zweigert verstehen können, in der Form läßt sie die einem gebildeten Manne und preussischen Landtagsabgeordneten gebührende Höflichkeit vermissen.

Abgesehen davon, daß unsere Genossen im Landtag den preussischen Junkern bereits ein wenig unangenehm

geworden sind, gehört die ganze block-freiminnige Bevölkerung dazu, um in der Maßregel des Zweigels auch nur ein Körnchen Berechtigung zu finden.

Sine neue anarchistische Organisation

Ist im Entstehen begriffen. Gründer ist der anarchistische Schriftsteller Landau. Die neue Vereinigung soll den Namen „Der Sozialistenbund“ führen.

Der arbeitssame Graf Zeppelin und der prenzische Kriegsminister.

Zu einem etwas seltsamen Auftritt soll die Anwesenheit des prenzischen Kriegsministers v. Einem bei Gelegenheit der Exerziten des Zeppelinschen Luftschiffes am Bodensee geführt haben. Dabei soll der Kriegsminister gegen den Grafen Zeppelin ein auffallend schrilles Aufstreben an den Tag gelegt haben und schließlich am letzten Sonnabend vor dessen Aufstieg demonstrativ abgereist sein. Der Vertreter der „Württembergischen Zeitung“ will Zeuge der Auseinandersetzung zwischen den beiden Militärs gewesen sein und berichtet darüber:

„Die Unterredung wurde am Ufer mitten zwischen dem eng gescharten Publikum geführt (wobei zahlreiche Photographen die Gruppe aus nächster Nähe aufnahmen), und ich hätte auf beiden Ohren taub sein müssen, wenn ich es nicht gehört hätte; ich hatte auch keinen Grund, mich diskret zurückzuziehen, wie das der württembergische Kriegsminister v. Marckthaler mit überaus sympathisch berührendem Satzgefühl tat. Es war nicht meine Sache, sondern die des Herrn v. Einem, dafür zu sorgen, daß niemand Zeuge sein mußte, wie er den hochverdienten Greis, der schon als junger Leutnant berühmter war, als er — wenn nicht noch etwas Unvorhergesehenes geschieht — Herr v. Einem wohl jemals werden wird — wie er diesem heute mit Recht weltberühmten Manne in dem Augenblick, der den Kulminationsspunkt seines Lebens und der Wendepunkt fürchterlicher Erregung bedeutete, wie er ihn — ich finde nicht gleich ein Wort, das präzis genug ist und mich doch vor Ungelegenheiten sichert — nun sagen wir einmal: darüber belehrte, daß man auch als Kamerad und als Gente und in Momenten höchster psychischer Spannung einem prenzischen Kriegsminister gegenüber seine Worte auf die Goldwaage legen muß. Es verrät meines Erachtens einen Mangel an Augenmaß, wenn Herr v. Einem dem Grafen Zeppelin durch sein gewiß nicht gerade angenehmes Warten ein großes Opfer zu bringen vermeint; ich meine, der prenzische Kriegsminister sollte sich bemühen, daß seine Anwesenheit bei dem Erstausflug schon ein kleines Opfer wert ist, da sie ihm verdammt, sich im Lichte eines historischen Augenblickes zu sehen.“

Auch andere württembergische Zeitungen äußern sich unwillig über das Auftreten des Kriegsministers, der „ungehalten“ gewesen sein soll über Zeppelins Weigerung, binnen 48 Stunden „unter allen Umständen“ eine Probefahrt auszuführen. Der prenzische Kriegsminister ist es vielleicht noch nicht gewöhnt, daß es Dinge in der Welt gibt, die sich nicht kommandieren lassen wie seine Grenadiere! Kadavergehörig wird aber umso seltener werden, je mehr sich auch der Militarismus technisch hervorragender Hilfsmittel bedienen muß.

Du hast Diamanten und Perlen...

Aus Windhuk bringen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ folgende Meldung: Bei Lüderichbuch ist ein Diamantenfeld von fünfzehn Kilometer Ausdehnung erschlossen worden. Die Diamantenlager befinden sich zur Hälfte auf Regierungsland und zur anderen Hälfte auf dem Gebiete der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika.

Schon zur Wahlzeit verfehlte kein „nationaler“ Redner, neben der Dernburgschen Parteiliste den Diamanten zu preisen, den man angeblich irgendwo in unsern teuren Kolonien gefunden haben wollte. Nachher stellte sich die Sache als Schwindel heraus, und auch die vorstehende Nachricht riecht stark danach, daß sie von einer kapitalistischen Gesellschaft zu Anreizzwecken in die Welt gesetzt wurde.

Der Kolonialpomp.

Im finanziellen Betriebe des Deutschen Reiches ist ein Novum zu verzeichnen — die Kolonialanleihe. Beschlossen wurde sie vor einigen Monaten im Reichstage und zwar in Höhe von 150 Millionen Mark, jetzt soll die erste Serie — 35 Millionen — an den Markt gebracht werden. Mit diesem Gelde sollen vor allem die Anteile der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft angekauft werden. Die Gesellschaft macht ein famoseres Geschäft dabei, denn sie bekommt für 20 Millionen Anteilsscheine Papiere der neuen Anleihe, die mit 4 Prozent verzinst werden, bei werden aber die Anteilsscheine nicht zum Nennwert, sondern zu 103 1/2 Prozent in Zahlung genommen, also höher bewertet, als bares Geld.

Der Plan der Kolonialanleihe stammt von Herrn Dernburg. Er will damit der Welt vormachen, daß die deutschen Kolonien nunmehr auf eigene Füße gestellt werden. Deshalb lauten die Papiere auf die Kolonien, diese figurieren als Schuldner. Das macht sich sehr hübsch: die „Nörgler“ sind glänzend widerlegt, sie sollen sich nicht mehr unterziehen, von Sandbüchsen, Sumpflöchern und Drecksnefern zu reden, denn die Kolonien haben 150 Mill. Mark Schulden, und wenn gepumpt wird, der ist ein nobler Mann. Nun könnte es den deutschen Steuerzahlern ja recht sein, wenn die Kolonien aus eigenen Mitteln die Schulden verzinsen, die sie machen. Aber es sollte einmal Dernburg versuchen, von den patriotischen deutschen Kapitalisten Geld aufzunehmen, wenn nur jene Sandbüchsen dafür haßbar wären; die Herren würden ihn reich für Daldorf erklären. So hat denn auch Dernburg nicht gerechnet: als Schuldner figurieren zwar die Kolonien, aber das Reich figuriert als Bürge! Das ändert die Sache ganz erheblich, denn die Steuerzahler werden prompt die Zinsen zahlen müssen, bieweil in den Kolonien nichts zu holen ist. Vier Prozent von 150 Mill. macht 6 Mill. jährlich, die gezahlt werden müssen von den Steuerzahlern, das heißt angepaßt der in Deutschland herrschenden Zustände in erster Linie vom arbeitenden Volke. Die einzige Folge der Dernburgschen „Reform“ besteht darin, daß die Lage verunsichert wird. Es ist doch etwas Schönes um Reformen!

Sakastische Provokation.

Der ostelbische Sakatismus ist nicht nur unverjähmt, sondern auch läppisch über die Maßen. In Posen fand dieser Tage der deutsche Buchdruckerstag statt, zu dessen Ehren auf dem Rathause aus städtischen Mitteln, also auch mit Hilfe der Steuergroßen der polnischen Bevölkerung, ein Begrüßungsabend abgehalten wurde, wie überhaupt auch die polnischen Buchdruckereibesitzer zu den Kosten der Tagung ihre Beiträge geleistet hatten. Trotzdem konnten gewisse Abertentische, die mit ihrem Patriotismus stets dann prunken, wenn's nichts kostet, es sich nicht verkneifen, die auf dem Rathausbalkon untergebrachte Kapelle das deutsche Renommierlied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ spielen zu lassen. Auf der Straße sammelte sich bald eine große Menschenmenge an, die lebhaft protestierte und unter Begleitung eines Leierkastens polnische Trübslieder sang, vor allem „Noch ist Polen nicht verloren“. Die erregten Massen, die es nicht begreifen konnten, daß sie nicht daselbe Recht auf die Straße haben sollten, wie die teutonischen Kraftstüber mit dem großen M... , wurden erst nach längerer Arbeit des Polizeifäßels auseinandergetrieben. Verschiedene Personen wurden verletzt, darunter eine Frau sehr schwer.

Die Gemeindevahlen in Elßaß-Lothringen.

Am Sonntag fanden die Gemeindevahlen statt; über dieselben liegen folgende Meldungen vor: In Straßburg, wo bisher 16 von 36 Gemeinderäten sozialistisch waren, haben die vereinigten bürgerlichen Parteien einen vollständigen Sieg über die Sozialdemokraten errungen. Sämtliche 36 Kandidaten der bürgerlichen Liste sind gewählt; kein einziger Sozialdemokrat wird ins Rathaus einziehen. Die Sozialdemokratie ist in sämtlichen vier Wahlbezirken der Stadt unterlegen. Im Wahlbezirk Innere Stadt mit 5700 gegen 9500 bürgerliche Stimmen, im Wahlbezirk Ruppertsau mit 822 gegen 935 Stimmen, im Wahlbezirk Grüneberg-Kronenburg mit 1000 gegen 1600 Stimmen. Die sozialdemokratische Partei hat also im ganzen rund 9500 Stimmen auf sich vereinigt, während der bürgerliche Block 14 000 Stimmen erhielt. Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen bei den Reichstagswahlen ist unzulässig, da das Gemeindevahlrecht besonders ungünstig für die Sozialdemokratie ist. Gegenüber den Gemeindevahlen von 1902 bedeuten die Stimmengahlen einen Zuwachs von rund 2000 Stimmen.

In Mühlhausen hatte der bürgerliche Block 31 Kandidaten aufgestellt und fünf Plätze, angeblich für die Sozialdemokratie offengelassen. Gewählt wurden sämtliche 31 Block-Kandidaten mit 8100 gegen 6600 sozialdemokratische Stimmen. In letzter Stunde war noch eine Liste herausgekommen, auf der neben den 31 Blockkandidaten 5 klerikale Kandidaten standen. Diese Liste vereinigte 6100 Stimmen auf sich. Es haben also 5 Nachwahlen stattgefunden. Ob sich die sozialdemokratische Partei an denselben beteiligt, ist zur Stunde noch ungewiß.

In Colmar siegte die demokratisch-klerikale Kompromißliste (Blumenthal-Wetterle mit 3800 bis 4000 Stimmen über Liberale und Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Liste erhielt 1400—1500 Stimmen, die liberale 800—900. Die Sozialdemokratie kann mit diesem Stimmenergebnis zufrieden sein.

In Metz sind 16 Kandidaten (9 liberale und 7 klerikale) gewählt worden. Die Sozialdemokratie erzielte 1200 Stimmen, die Koalition der Bürgerlichen rund 4000 Stimmen.

In Markirch, wo ein Kompromiß aller Parteien (mit Einschluß der Sozialdemokratie) abgeschlossen war, wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. Sonderbare Zustände, die hier auf politischem Gebiete zu herrschen scheinen!

Es ist also den bürgerlichen Parteien in den größten Städten des Reichslandes „gelungen“, die sozialdemokratische Partei ganz aus dem Rathaus hinauszuwerfen, obwohl diese in einer Reihe von Städten die Mehrheit der Bevölkerung bildet und sich bisher kommunalpolitisch außerordentlich eifrig und zum Nutzen der Gesamtheit betätigt hat, wie der Straßburger Oberbürgermeister Dr. Schwander in der Schlußfassung des verstorbenen Straßburger Gemeinderates ausdrücklich hervorhob. Die Gemeindevahlen waren im Zeichen des schroffsten Klassenkampfes ausgefallen und von den bürgerlichen Parteien in einer Weise geführt worden, die aller Ehrlichkeit und allem politischen Anstand Hohn sprach. Insbesondere wurde der hohe Steuerzettel, der durch die Sozialdemokratie verschuldet sein sollte, als wirksame Waffe gegen die Sozialdemokratie gebraucht. Dazu kam ein Wahlrecht, das die bürgerlichen Parteien begünstigt und eine Wahlkreiseinteilung, die besonders zu dem Zweck erfunden wurde, der Sozialdemokratie einen Erfolg unmöglich zu machen.

Oesterreich-Ungarn.

Wüste Skandalzonen haben sich wieder einmal im österreichischen Abgeordnetenhaus bei der Budgetberatung angepielt. Bei Besprechung der Zuständigkeitsverhältnisse im Österreich-Schlesien erwähnte Genosse Dascinski, daß ein Jesuitenpater ein junges Mädchen bei der Erteilung der Sterbesakramente geschändet habe und noch frei herumlaufe. Graf Sternberg erklärte darauf, wer solchen Vorwurf unter dem Schutz der Immunität vorbringe, sei ein ehrloser Feigling. Es entstand ein furchtbarer Lärm. Die Sozialdemokraten stürmten mit geballten Fäusten auf den Abg. Grafen Sternberg ein, um den sich die christlich-sozialen Abgeordneten scharten, und machten Miene, Sternberg windelweich zu dreschen. Es entstand ein müßiger Tumult, da die Christlich-Sozialen die Sozialdemokraten an der Prügelei hindern wollten. Da ergriffen die Sozialisten auf Pulten liegende Drucksachen und warfen Papierknollen gegen Sternberg. Aus dem unbeschreiblichen Lärm hörte man die Rufe: Frechling! Er ist besoffen! Er muß geohrfeigt werden! Plötzlich ergriff Graf Sternberg die vor ihm stehende Tischuhr der Stenographen und richtete sie als Wurfgeschloß gegen die Sozialisten. Ein Stenograph entwand sie ihm mit Gewaltanwendung. Es entstand nun zwischen den Sozialisten und den Abwehrenden ein

förmliches Ringen. Die Erregung wuchs, Schimpfwörter flogen hinüber und herüber. Sternberg schrie kreidebleich von Zeit zu Zeit Unverständliches in den tosenden Lärm. Der Präsident unterbrach die Sitzung. Der Tumult dauerte an. Die Galerien applaudierten den Sozialisten. Die Bewegung dauerte längere Zeit an, bis es einflußreichen Abgeordneten gelang, die Ruhe wieder herzustellen. Die Sozialdemokraten nahmen ihre Plätze ein. Präsident Weiskirchner gab seinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck, daß sich, während das Haus der Ausübung seines wichtigsten Rechtes obstehe, solche Szenen ereignen konnten, ertheilte dem Abg. Sternberg einen Ordnungsruf und entzog ihm das Wort. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Graf Sternberg protestierte heftig gestikulierend gegen die Wortentziehung. (Anhaltender Lärm, große Bewegung, welche auch fort-dauerte, als der Präsident dem nächsten Redner, Professor Masaryk das Wort erteilte.) Graf Sternberg schrie: Herr Präsident, das werden Sie mir büßen, und auch das Ministerium wird das büßen! Gleich darauf ruft der Deutschradikale Wolf, dem man be-rüchtele, daß Sternberg seinen Parteigenossen Sommer beleidigt habe, gegen Sternberg: Von einem Lausbuben läßt sich das Haus terrorisieren! Dafür werde ich ihn für meinen Freund Sommer ohr-feigen! Wolf will sich auf Sternberg stürzen, wird jedoch von andern zurückgehalten. Inzwischen erheben sich alle geistlichen Abgeordneten und ver-lassen demonstrativ und geschlossen im Zuge den Saal. Darauf erscheinen einige im Saal und verlangen vom Präsidenten eine Rüge für Dascinski. Der Präsident verweigert dies. Die Erregung des Hauses hielt noch lange an.

Am Schluß der 151/2stündigen Sitzung bezeichnete Sternberg die Sozialdemokraten als Lausbuben, was ihm einen weiteren Ordnungsruf einbrachte. — Von der so viel gepriesenen Gemüthlichkeit der Oesterreicher ist bei den Verhandlungen recht häufig wenig zu spüren.

Rußland.

Die Kontrevolution. Aus Riga wird offiziös gemeldet: Das Militärgericht fällt das Urteil in dem Prozesse gegen den lettischen sozialdemo-kratischen Verband, der fast in allen Städten der lettischen Landesteile Filialen hatte und dem eine Reihe von Mordtaten und Raubanfällen zur Last gelegt wurden. Zwei von den Angeklagten wurden zu fünfjähriger und zwei zu vierjähriger Zwangsarbeit sowie fünf zur Zwangs-anfiedelung verurteilt. Dreizehn Angeklagte wurden frei-gesprochen. Dieses Urteil beweist, daß den angeklagten Sozialdemokraten kein Verbrechen nachgewiesen werden konnte, ja, daß nicht einmal der Anschein der Teil-nahme an Mordtaten und Raubanfällen erweckt werden konnte. Denn sonst wären bei der bekannten Pragis der Kriegsgerichte sicherlich viele Todesurteile gefällt worden. Offenbar hat man, um die Gewaltmaßregeln zu „rechtfertigen“, einfach einige zufällig ausgewählte Personen zu Zwangsarbeit verurteilt.

Finnland.

Die Landtagswahl. Auf Grund der Forderung der Arbeiterorganisationen soll am folgenden Mittwoch, am Tage der finnischen Landtagswahlen, in ganz Finn-land die Arbeit eingestellt werden.

Persien.

Die Anarchie. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Teheran telegraphiert, daß die Verhängung des Belagerungszustandes bei einer so disziplinlosen Ar-mee, wie es die persische ist, die Bevölkerung in einen panikartigen Schreck versetzt habe. Der Korrespon-dent der „Times“ in Petersburg sagt, daß dort, eingelaufenen Privattelegrammen zufolge, die Lage in Persien ein weit ernstere sei, als in den offiziellen Depeschen zugegeben werde. Der ganze Norden des Landes befinde sich in hellem Aufruhr, und mehrere Tausende von wohlbewaffneten Revolutionären befinden sich im Au-marsch auf Teheran. Der „Daily Graphic“ wartet die englische Regierung noch einmal davor, etwas zu unter-nehmen, was wie die Unterstützung eines Mannes wie des Schahs aussehen könnte. „Daily News“ machen Ruß-land für die Vorgänge in Persien verantwortlich und be-haupten, daß der Schah den Staatsstreik mit russi-schem Gelde ausgeführt habe. Großbritannien habe schweigend zugeesehen und dadurch nicht nur seinem eigenen Ansehen geschadet, sondern obendrein noch eine Groß-macht irretiert, indem es eine schwache Macht zu unterstützen suchte.

Vereinigte Staaten.

Dalles allüberall. Die Bundesfinanzen schließen mit einem Defizit von 60 Millionen Dollar ab, während das vorige Jahr einen Überschuf von über 83 Millionen Dollar ergeben hatte. Hauptsächlich ist, neben den gestiegenen Ausgaben, das ungünstige Ergebnis auf einen erheblichen Ausfall in den Zolleinnahmen zurückzuführen.

Aus Lübeck und Naumburggebieten.

Dienstag, den 30. Juni.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftsstartells und des Arbeitersekretariats wird am Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche, abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Vereins-haus anwesend sein.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Sietbauarbeiten in der Marlstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Gelderich und Götner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren F. Sab, Thasotstraße, F. Mädel, Krempelsdorfer Chauffee. — Zugang von Mauren nach Jesmar ist ferngehalten. — Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparatur-werkstätten von Peter Bernhardt, Hirtendamm 10, sowie S. Dettmann, Rönigstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung un-serer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeitergesellschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Achtung, Arbeiter! Über die gemischte Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Waisfeier und Stellung einer Lohnforderung gemaskert wurden.

In dem vom Amtsblatt so oft beliebten Thema von den schlechten Arbeitgebern wird uns von fremder Seite noch folgendes geschrieben: Seit dem 1. April d. Js. ist in den Betrieben der hiesigen Metallindustrie allgemein die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Man sollte nun meinen, daß diese Arbeitszeitverkürzung auch überall den Lehrlingen gewährt worden wäre; sind es doch gerade diese jugendlichen Arbeiter, denen eine Verkürzung der Arbeitszeit in Betracht ihres erst in der Entwicklung befindlichen Körpers besonders nützlich; aber weit gefehlt! Bei der Firma Schärffe, die, nebenbei gesagt, ca. 40 Lehrlinge beschäftigt, müssen diese des Mittags um 1 1/2 Uhr die Arbeit wieder beginnen, während die Mittagspause für die Gehilfen und Arbeiter bis 2 Uhr dauert. Man kann sich hier auch nicht einmal mit dringender Arbeit ausreden, da z. B. die Dreher schon seit einiger Zeit wegen Mangels an Aufträgen nur noch 7 1/2 Stunden arbeiten. Es sind dies zwar nur 8 Mann; den reichlich 20 Dreherlehrlingen kann man aber nicht einmal eine Mittagspause von 2 Stunden gewähren. Es scheint uns dies ein besonders krasser Fall von Lehrlingsausbildung zu sein und empfehlen wir dem Amtsblatt, sich auch diese Fälle zur gefälligen Notiz zu nehmen.

Ortsüblicher Tagelohn. Mit dem 1. Juli tritt die Verordnung des Senats vom 20. Dezember 1907 in Kraft, welche die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns neu regelt. Der ortsübliche Tagelohn beträgt vom 1. Juli 1908 ab: für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Travemünde: für männliche Personen über 16 Jahre auf 3,20 Mk., für Schlutup, Siems und Rükning: 2,80 Mk., für Krempeisdorf, Bornert und Moisling: 2,50 Mk., für die übrigen Landgemeinden: 2.— Mk. Für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Travemünde: für männliche Personen unter 16 Jahre 1,50 Mk., für Schlutup, Siems und Rükning: 1,40 Mk., für Krempeisdorf, Bornert und Moisling: 1,40 Mk., für die übrigen Landgemeinden: 1.— Mk. Für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Travemünde: für weibliche Personen über 16 Jahre 1,80 Mk., für Schlutup, Siems und Rükning: 1,60 Mk., für Krempeisdorf, Bornert und Moisling: 1,60 Mk., für die übrigen Landgemeinden: 1,10 Mk. Für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Travemünde: für weibliche Personen unter 16 Jahre 1.— Mk., für Schlutup, Siems und Rükning: 1.— Mk., für Krempeisdorf, Bornert und Moisling: 1.— Mk., für die übrigen Landgemeinden: 0,80 Mk.

Über die letzte Kartellversammlung ist noch mitzuteilen, daß der Haupttagungsordnungspunkt eine Besprechung über die Herabsetzung des Betrags zum Arbeitersekretariat bildete. Die Aufsichtskommission bestritt eine solche aus diversen Gründen. Die Gegner der Herabsetzung führten für ihre Ansicht aus, daß das Institut weiter ausgebaut werden sollte. Beschlössen wurde, den Beitrag vom 1. Juli ab auf 8 Pfg. pro Monat festzusetzen. Die Kassierer haben bei der Beitragszahlung ihre Abrechnung vom letzten Quartal vorzulegen. Die Kartellverwaltung bewilligte den Gewerbezeitungsbeitrag je ein Exemplar der Gewerbeordnung und ferner die Kosten für die Besichtigung des Verbandsstags der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Kartellkommission wurde dann noch beauftragt, den Genossen Max Maurenbrecher zu einem Vortrag für diesen Winter zu gewinnen.

Einlegung von Rechtsmitteln in Arbeiterversicherungsangelegenheiten. Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich dahin entschieden, daß auf dem Gebiete der reichsgerichtlichen Arbeiterversicherung eine Partei durch die Einlegung eines Rechtsmittels ihre durch das Urteil der unteren Instanz geschaffene Rechtslage nicht verschlechtern, sondern höchstens verbessern kann, daß mithin das nur von einer Partei mit einem Rechtsmittel angegriffene Urteil anderen gegenüber rechtskräftig wird. Eine Durchbrechung dieses Grundsatzes soll auch für den Fall nicht zugelassen werden, daß es einseitige Rechtsmittel nicht durch eine Entscheidung in der Rechtsmittelinstantz seine Erledigung findet, sondern zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und zu einer erneuten Verhandlung der Sache in der unteren Instanz führt.

Wer ist unfallversicherungspflichtig? über die Pflicht zur Versicherung gegen Unfall einer Reihe von Betrieben hat das Reichsversicherungsamt interessante Entscheidungen getroffen, die jetzt von ihm zusammengestellt worden sind. Das Anbringen von Firmenschildern an den Häusern ist nicht versicherungspflichtig. Nach der Ansicht des Reichsamts liegt hier nicht eine Bauarbeit im Sinne des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vor. Die Schilder werden nicht eingehaut, sondern nur an die Hauswand angeheftet. Die Verwendung kleiner Elektromotoren ist als „Einrichtung“, nicht als „Betrieb“ anzusehen. Bei einem Kinematographen wurden zwei kleine Elektromotoren von je einachtel Pferdekraft verwendet. Das Reichsversicherungsamt will die Verwendung von so kleinen Motoren, wie sie bei kinematographischen, ärztlichen und Gaartrocknungsapparaten benutzt werden, nicht für einen „Betrieb“, sondern lediglich für eine „Einrichtung“ ansehen. Wagenwäcker in Automobilfabrikbetrieben, die von den Führern der Kraftwagen angenommen und entklotet werden, sind in der Regel Arbeiter des Fuhrunternehmens. Das Waschen der Wagen diene dem Kraftwagensbetrieb. Flachbohrungen, die eine geologische Landesanstalt lediglich zur Kartierungszwecken ausführt, stellen keinen versicherungspflichtigen Betrieb dar. Die Anstalt läßt Bohrer von ein bis zwei Meter Länge in die Erde treiben. Hier liegt kein Tiefbohrungsbetrieb vor. Eine Eisfabrik, in der fertig bezogene Metallbleche für Schuwaren mit fertigen Zelluloidköpfen versehen werden, ist eine Zelluloidpresserei und gehört zur Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, da die Befestigung der Zelluloidköpfe auf rein mechanischem Wege durch Stanzen und Pressen erfolgt.

Wasserwärme gestern: Krähentich 23 Grad, Falkendamm 22 Grad.

Aufgehobene Beschlagnahme. Amtlich wird bekannt gemacht: Die am 7. Juli 1897 angeordnete Beschlagnahme des Vermögens des früheren Rechtsanwalts Dr. Theodor Burmeister in Lübeck ist aufgehoben.

Die Schiffswerft von Henry Koch soll, wie wir bereits kurz gemeldet haben, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Aus dem herausgegebenen Prospekt ist folgendes zu entnehmen: Der Geschäftsumsatz wie der Reingewinn haben sich im Laufe der Jahre in recht befriedigender Weise entwickelt, wie solches die vorgelegten Bilanzen beweisen. Aber eine halbe Million sind während der Jahre 1900 bis 1907 auf Anlagekonten an Abschreibungen vorgenommen worden. Und trotz dieser sehr erheblichen Abschreibungen betrug im Durchschnitt der jährlichen Reingewinn in den Jahren 1900—1907 gegen 145 000 Mk., der sich noch um 16 000 Mk. erhöht hätte, wenn nicht im Jahre 1904 durch den Streit der Mieter eine 11 Wochen dauernde Gesamtsperre hätte erfolgen müssen. Der Dockgewinn erreichte während der letzten 8 Jahre jährlich eine Höhe von 37 000 Mk. Die Kinder und Erben von Henry Koch haben seit längerer Zeit den Wunsch gehegt, das in dem Unternehmen liegende Vermögen ihres Vaters durch Verkauf der Werft herauszugeben und unter sich zur Verteilung zu bringen.

Sie haben sich zu diesem Zweck an die Firma Luckmann u. Soltan gewandt und da der geforderte Preis nicht zu hoch war, hat diese das Kaufangebot akzeptiert. Danach haben Luckmann u. Soltan das Wertgrundstück mit den darauf befindlichen Baulichkeiten und Werkstätten mit allen Maschinen, elektrischen und hydraulischen Anlagen, Werkzeugen, Utensilien, Fahrzeugen usw., Schwimmboot, Krahn, sowie weiter das Handelsgeschäft der Firma Schiffswerft von Henry Koch mit den laufenden Aufträgen und dem Rechte, die Firma weiter zu führen, jedoch unter Ausschluß der Forderungen, Materialien und der Verbindlichkeiten, für den Gesamtpreis von 1 830 000 Mk. gekauft. Das Grundstück ist 74 204 Quadratmeter groß. Die Bankfirma Luckmann u. Soltan beabsichtigt nun, das Wertunternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Umwandlung soll zum 1. August 1908 in der Weise durchgeführt werden, daß die Firma Luckmann u. Soltan das Wertgrundstück mit den darauf befindlichen Baulichkeiten und Werkstätten usw. und das Handelsgeschäft nebst Firmenrecht in die Aktiengesellschaft in demselben Umfange und unter denselben Bedingungen, unter denen es gekauft ist, für den von ihr übernommenen Kaufpreis einbringt. Zu diesem Zweck sollen 800 Aktien zu 1000 Mk. zum Kurse von 108 einschließlich 2 Prozent Aktienstempel aufgelegt werden. Der verbleibende Rest des Kaufpreises wird als Hypothek auf das Wertgrundstück eingetragen. Man rechnet in Zukunft auf eine Durchschnittsbilanz von 8 bis 10 Prozent. Die jetzigen leitenden Personen der Werft, die Herren E. Stolz und Franz Koch, haben sich verpflichtet, als Vorstand in den Dienst der Gesellschaft überzutreten. Als Aufsichtsratsmitglieder sind in Aussicht genommen Konful Dimpfer, Rechtsanwalt Dr. Götz, Direktor Janus, Johannes Soltan aus Lübeck und Senator Alfred Th. Zeise in Altona.

Namensveränderung. Der Senat hat dem Eisenbahnassistenten Gustav Heinrich Wilhelm Schnoor und der Elsa Maria Margarethe Schnoor zu Hamburg den Familiennamen Donatus verliehen.

Schwer verunglückt ist gestern abend gegen 8 Uhr der etwa 12jährige Knabe Wilh. Dräger, der in der Nähe der Badeanstalt am Falkendamm weilte. Andere Kinder drehten an der Mastbaumwinde eines dort liegenden Flußschiffes, was zur Folge hatte, daß der Mastbaum herunterfiel und den kleinen Dräger so unglücklich traf, daß er einen Schädelbruch und einen Armbruch erlitt und ins Wasser stürzte. Es gelang dem schnellen Eingreifen des Bademeisters Wolter, den armen Jungen bald wieder auf das Trockene zu bringen. Dr. Schlomer, der zufällig in der Badeanstalt verweilte, leistete die erste ärztliche Hilfe und ordnete die Überführung des Verletzten in das Allgemeine Krankenhaus an.

Überfallen und beraubt wurden dieser Tage zwei Damen, die auf der Chaussee zwischen Schlutup und Selmsdorf bei den Hohemeiler Lannen gingen. Der Strolch zwang die beiden geängstigten Frauen durch Drohung mit einer Schusswaffe sowie durch einen Schlag mit dem Stock zur Herausgabe ihrer Burschaft; darauf verschwand er. Wie wir erfahren, ist es inzwischen gelungen, den Räuber dingfest zu machen und in das Schönberger Gefängnis einzuliefern. Den geladenen Revolver fand man noch in seinem Besitz. Der Verhaftete soll auch in Selmsdorf zwei Einbrüche versucht haben.

Wegen Mordes wird von der Staatsanwaltschaft in Lübeck der russische Arbeiter Manowski oder Malomski verfolgt, der in dem benachbarten Lüdersdorf beim Streit um ein Mädchen einen Knecht erstochen und einen anderen tödlich verletzt hat. Man glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, daß er sich nach Hamburg gewandt hat. Der Flüchtige ist 1,80 Meter groß, er trug einen dunklen Jacketanzug, der mit Blut beschmutzt war, und einen schwarzen Hut. Bei dem Kampf mit seinem Opfer hat er an den Händen Schnittwunden und am Halse Kratzwunden davongetragen.

pb. Gestohlene Begonie. Aus dem Vorgarten eines Hauses der Friedrich Wilhelmstraße wurde eine Begonienpflanze gestohlen.

pb. Kleines Schadenfeuer. In einer Bäckerei an der Untertrave entzündet gestern vormittag durch unvorsichtiges Hinlegen zum Teil angebrannter Holzstücke auf den Fußboden ein kleines Schadenfeuer.

pb. Taschendiebin. In einem hiesigen Auktionslokal wurde gestern eine Frau ermittelt, die einer anderen Frau aus einer Tasche zwei Portemonnaies mit zusammen 188 Mk. gestohlen hat. Sie wurde festgenommen.

pb. Diebstahl. Vom Hofe des Wilhelm-Theaters wurde eine etwa 1,10 Meter lange Regentraufe und 15 Zinkeinsätze für Ventilationslöcher gestohlen.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Auch am Sonntag wieder ging „Gretchen“, das sich immer mehr zum Schlager der Spielzeit herauswächst, unter geradezu tolnendem, nicht enden wollendem Beifall über die Bühne. Mit der morgigen Aufführung muß das lustige Werk vom Spielplan verschwinden, wenn es auch noch nichts von seiner Zugkraft eingebüßt hat, um anderen Stücken Platz zu machen, die anlässlich des am Donnerstag beginnenden Gastspiels des Königl. Hoftheaters Hans Wahlberg in Vorbereitung sind. Wer daher das amüsante Stück noch nicht gesehen, veräume die morgige Vorstellung nicht. Für Donnerstag wird Hauptmanns „Rose Bernd“ in Szene gehen. Die Titelrolle spielt Elsa Hartmann, den „Flamm“ Hans Wahlberg, als erste Gastrolle.

Hamburg. Arbeitsniederlegung. Die beim Bau des Götunnels beschäftigten Arbeiter der Firma Philipp Schumann u. Co. haben einer Lohn Differenz wegen die Arbeit eingestellt.

Hamburg. Keine Prüfung der Theaterverhältnisse. Die Bürgerchaft hat im Mai d. J. wie seinerzeit berichtet worden ist, beschlossen, den Senat zu ersuchen, eine gemeinschaftliche Kommission einzusetzen zur Prüfung der Hamburger Theaterverhältnisse. Vor allem sollte sich diese Kommission auch mit der Frage des Neubaus eines staatlichen Opernhouses beschäftigen, der von einer vor 2 Jahren eingesetzten bürgerschaftlichen Kommission einstimmig befürwortet worden war. Der Senat hat nunmehr der Bürgerchaft mitgeteilt, daß er der Einsetzung einer solchen Kommission nicht zustimmen könne. Es liege kein dringendes Bedürfnis für einen Neubau eines Opernhouses vor, und bei der gegenwärtigen, wenig günstigen Finanzlage erscheine es nicht geboten, dieser Frage näherzutreten, weil nicht nur der Neubau sehr große Kosten verursachen würde, sondern auch die Aufhebung des gegenwärtigen Zustandes, daß die Stadttheatergesellschaft mit Hilfe begüterter und theaterfreundlicher Kreise für die Oper Sorge, eine dauernde große Belastung des Budgets mit sich bringen würde. — Eine gewaltige Feuersbrunst im Hammerbrook fandte am Montag abend von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Uhr mächtige Flammen und Rauchwolken zum Himmel empor, die meilenweit zu sehen waren und eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge in der Nähe der Brandstelle lockten. Das mit der Front hinter einem Hofplatz an der Jenischstraße Nr. 48 und mit der Rückseite hart am

Nordertkanal gelegene vierstöckige, massive Fabrikgebäude der Teerprodukten-Fabrik und Dachpappenfabriken von Schap u. Hübner ist vom Keller bis zum Dach total ausgebrannt und zum größten Teil eingestürzt. Außer den gebliebenen Ruinen ist nur noch der freistehende große Fabrikstein stehen geblieben.

Kiel. Ein Obermaat als Landesverräter verhaftet. Wegen dringenden Verdachts des Landesverrats wurde Montagnacht der Matrosenobermaat Dietrich von der 7. Kompagnie der 1. Matrosenbatterie und seine am Königsweg wohnende Geliebte verhaftet. — Beim Segeln ertrunken. Sonntagnachmittag waren drei junge Leute aus Gaarden, Fröhlich, Erich und Löhr mit einem Segelboot von Kiel fortgefahren. Nachmittags 2 Uhr kenterte das Boot an der Heikendorfer Bucht, wahrscheinlich durch unvorsichtiges Manövrieren. Bei diesem Vorgang ertrank der 19jährige Heinrich Löhr, Preeker Chaussee 11. Die beiden anderen Schiffbrüchigen konnten das Land erreichen.

Kiel. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag auf dem Elmshagener Ziegelwerk 2. Der Zieglermeister Sommerfeld geriet mit einem Arm in die Transmission und wurde so lange herumgeschleudert, bis der Arm ausriß. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte nach Kiel überführt. Die Verletzungen sind sehr schwer.

Brunsbüttelkoog. Großfeuer. Der Hof des Landtagsabgeordneten Peters ist abgebrannt. Wohnhaus und Stallungen sind verloren. Pferde, Mobiliar, Scheune und Schweinestall sind gerettet.

Cuxhaven. Kapitän Brünig ertrunken. Der Kapitän des Hamburger Dampfers „Fairplay VIII“, E. Brünig, ist in der Nacht zum Sonntag beim Anbordgehen in Cuxhaven ertrunken. Als seine Frau mit ihrem einzigen Kinde in Cuxhaven war, um ihren Gatten zu besuchen, konnte ihr nur gesagt werden, daß er wahrscheinlich nach Hamburg gefahren sei. Gestern morgen nun wurde die Leiche aufgefunden und vorläufig der Polizeiwache übergeben.

Güstrow. Vom Schwurgericht. Dem Schlichter Franz Pawlicki wird zur Last gelegt, am 5. April d. J. zu Bellahn dem Schlichter Andreas Wischniewski aus Marjow mehrere Schläge mit einem Knüttel über den Kopf verjagt zu haben, die den Schädel zerschmetterten und den Tod des Mißhandelten herbeiführten. Pawlicki, welcher beim Erbpächter Hagedorn in Bellahn in Arbeit stand, hatte seine Töchter Victoria und Marianne, sowie seinen Sohn Josef bei sich. Die Familie wohnte in der Meltschen Häuserei in Bellahn. Der erschlagene Andreas Wischniewski ist nun am Sonntag, den 5. April, in betrummten Zustande in die Wohnung des Pawlicki gekommen und hat die Marianne Pawlicki belästigt. Hierbei wurde W. von dem Vater des Mädchens überrascht, der in starke Erregung geriet, einen in der Stube liegenden Knüttel ergriff und damit dem Wischniewski mehrere Schläge über den Kopf und den Rücken verjagte. W. ist infolge dieser Schläge quer über ein Bett gefallen, worauf W. ihn zur Tür hinaus schleifte. Am nächsten Morgen ist W., ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben, gestorben, nach ärztlichem Erachten infolge der durch die Schläge herbeigeführten Schädelverletzungen. Pawlicki entschuldigt sich mit Trunkenheit und der durch das Benehmen Wischniewskis hervorgerufenen starken Erregung. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage sowie die Frage nach mildernden Umständen. Urteil: neun Monate Gefängnis.

Oldenburg. Aus dem Gefängnis entlassen ist Sonntag abend 6 Uhr Redakteur Genosse Richard Wagner, wo er drei Monate lang über den Delmenhorster Bauarbeiterkonflikt nach nachdenken konnte. Er hat sich vor hier aus direkt nach seinem neuen Wirkungskreis Braunschweig begeben, wo er in die Redaktion des dortigen Parteiblattes eintritt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 29. Juni. In der Oberbaumstraße ist der Hausdiener Schmidt beim Abstellen eines in Brand geratenen Spiritusfasses verbrannt, da er durch die vergitterten Kellerfenster daran gehindert wurde, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Leipzig, 29. Juni. Wegen Spionage zugunsten Frankreichs wurde der Buchhalter Joseph Gegenberger aus Kaisersberg vom Reichsgericht zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Frankfurt a. M., 29. Juni. Als ein Bierautomobil der hiesigen Bürgerbrauerei gestern abend gegen 6 Uhr vom Krügerfest in Ruppertsheim (Taunus) zurückkehrte, stiegen zwanzig Personen ein, um mitzufahren. An einer Kurve schlug das Automobil um, wobei drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Fahr, 29. Juni. In Mittenweier hat sich die 25jährige Ehefrau des Landwirts Wilhelm Schweitzer mit ihren drei Kindern, Mädchen im Alter von 4 Monaten bis drei Jahren, in der Elz ertränkt. Die Leichen wurden geborgen.

Marseille, 29. Juni. Der Paketdampfer „Herauld“, von Oran kommend, traf unterwegs Trümmer, die von dem Schiff „Kyllre“ herrühren. Der Dampfer „Herauld“ nahm zwei Boote an Bord, die vollständig mit Munition versehen waren, in denen aber keine Jassien waren. Man nimmt an, daß die Besatzung umgekommen ist. Die Behörden sind von dem Funde benachrichtigt worden.

London, 29. Juni. Ein aus Galizien stammender Bäcker namens Rosenbergschick geftern auf seine Frau und vollführte dann Selbstmord. Frau Rosenbergschick wohnte von ihrem Manne getrennt und hatte beim Gericht eine Scheidung von ihrem Gatten beantragt. Der Mann fuhr in einer Autodrohke vor dem Gerichtsgebäude vor und erwartete im Wagen seine Gattin. Als diese ankam, sprang er aus der Drohke und gab drei Schüsse auf seine Frau ab, die blutüberströmt sterbend zusammenbrach. Dann jagte sich der Attentäter zwei Kugeln in den Kopf und warf sich sterbend auf die Leiche seiner Frau, die er im Todeskampf umklammerte. Rosenbergschick war bereits 64, seine Frau 54 Jahre alt; letztere zeigte noch immer die Spuren einstiger großer Schönheit.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: E. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Morgen, **Mittwoch** beginnt mein diesjähriger

Sommer-Ausverkauf.

Schuhwarenhaus Auguste Popp, Breitestrasse 7.

Sargmagazin
nebst **Einkleidung.**
Übernahme ganzer Beerdigungen.
H. HÖRNBURG, Paulstr. 16 (Burgtor).
Herren-Sohlen u. Absätze 2.70 Mk.
Damen-Sohlen u. Absätze 1.80 Mk.
Kinder-Sohl. u. Abs. v. 1.— Mk. an.
Johannes Voß, Huxstraße 90.

Wandhaus
A. Frankenthal
Lederstraße 1, 1.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Abreisenden
aufbewahrt und nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgech. Fischergr. 52.

Fliegenetze für Pferde
in großer Auswahl.
R. Köhling, Seilerwaren, Königstraße 118.

Eimerbier
eden Mittwoch und Sonnabend —
abends bis 9 Uhr.
E. Nickels, Wahnstraße 31.

Grasbutter
à Pfd. 1.20 Mk.
Holländer Rahmkäse
à Pfd. 80, 90 und 100 Pfg.
Schweizerkäse
saftig und schön, à Pfd. 70 Pfg.
jetzt wieder vorrätig.
Ger. Pandmettwurst
nur allerfeinste Ware, Pfd. 1.30 Mk.
andere Sorten von 80 Pfg. an.
Fedder J. Behm,
Beckergrube 33.
— Gde Fünfhäusen. —

Achtung.
Berlege am 1. Juli 1908 meinen
Rasier-, Frisier- u. Haarschneide-Salon
von der Paulstraße
nach der Schulstraße Nr. 9.
Gute und saubere Bedienung.
Karl Kaehding.

Lehranstalten ist bis
wissenschaftlich.
kleinste nachgeahmt in den **Selbstunterrichts-**
werken Methode Rüstig: Der wissenschaftlich
gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bank-
beamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die
Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh.
Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittel-
schullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der
Präparand, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge.
Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs-
schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereit-
willigst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

Bonnese & Nachfeld, Verlag, Potsdam.

Habe noch einen großen Posten gesunde
Futterkartoffeln
sehr billig abzugeben, ebenfalls
noch gesunde **Magnum bonum**
Speisekartoffeln.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26. — Fernspr. 1440.

Ed. Teuteberg
Leder- u. Schuhmacherartikelhandlung
— Starke Arbeitersohlen —
„Stepp-Reparatur“
Untertrave 70, Eckhaus Fischergrub

Von heute morgen 8 Uhr an:
Freihändiger Verkauf von zirka
1000 Paar Pantoffeln
ohne Ledersohle 15—30 Pfg. pro Paar
mit Ledersohle 40—60 Pfg. pro Paar
Breitestrasse 24, Baden
Auktionator Albert Mohrman

Fahrrad-Reparatur-
Werkstätte.

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig
ausgeführt unter prompter Bedienung.
Smaltieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Meislinger Allee 6a. Fernspr. 127

Zentral-Verband der Fleischer
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-
Versammlung
morgen **Mittwoch**
abends 9 Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52**
Tagesordnung wird in der Versammlung
bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Stadthallentheater.
Mittwoch: 38. Abonnements-Vorstellung.
Zum letzten Male:

Gretchen.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Gastspiel des Kgl. Hoftheater
Hans Wahlberg u. Hoftheater in Dresden
Rose Bernd.

Lübeck, den 1. Juli 1908.
Meinen werten Geschäftsfreunden zur gefl. Nachricht, daß ich mein Geschäft in
Stahlwaren & Waffen
mit dem heutigen Tage dem Messerschmied
Herrn **Carl Burmester**
übergeben habe. Ich danke für das dem Geschäft seit nunmehr 86 Jahren in stets
steigendem Maße geschenkte Vertrauen und bitte, dasselbe auch auf meinen Nach-
folger zu übertragen.
Diedrich Tesschau.
Auf obige Anzeige bezugnehmend, bitte auch ich um die Fortdauer des dem
Geschäft und der Firma entgegengebrachten Vertrauens und bemerke, daß ich als
praktischer Fachmann im Geschäftshause eine
Messerschmiede-Werkstatt,
Elektrische Feinschleiferei,
Waffen-Reparatur-Anstalt
errichtet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch saubere Arbeit, mäßige
Preise und zuvorkommende Bedienung die mich beehrenden Geschäftsfreunde zu-
frieden zu stellen.
Hochachtungsvoll
Carl Burmester
i. F.: **Diedrich Tesschau Nachf.**

Preussische Lose
Ziehung 1. Klasse 7. u. 8. Juli 1908
1/20 1/10 1/5 1/2 1/1
Mk. 4.— 5.— 10.— 20.— 40.—
sind bei mir zu haben.
Lübeck, Johannisstr. 10.
Telephon 58.
Falck.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise

Verband der Hafenarbeiter Lübecks.
Schauerleute.

Einladung zum
Sommerfest
bestehend in
Herren- u. Damen-Preisschießen sowie Kindervergnügen (v. 4—8 Uhr)
am Sonntag, den 5. Juli 1908,
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50-52**
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang des Balles 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Konzertteilnehmer 10 Pfg.
Das Komitee.

✂ **Jetzt beste Zeit** ✂
zur Einnahme des Winterbedarfs in
Brennmaterialien.
Für alle Sorten gelten
billigste Sommerpreise.
Lieferung von nur garantiert erstklassigen Qualitäten.
Kontor
Fischergrube 4. **Christian Gäde** Fernspr. 242.
NB. Koksries große Quantitäten vorrätig, äusserst billig.

An die Parteigenossen des Fürstentums Lübeck.

Die General-Versammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum Lübeck findet am

Sonntag, den 12. Juli 1908,
nachmittags 3 Uhr, in Gutlin im „Deutschen
Haus“ (Inh. Paul Schröder) statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Zentralvorstandes.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Bericht der Ortsvereine.
4. Die oldenburgischen Landtagswahlen.
Referent: J. Stelling-Lübeck.
5. Delegierten-Wahlen und Anträge zu den Parteitagen.
6. Bericht vom oldenburgischen Landesparteitage.
7. Wahlen.
8. Verschiedenes.

Die Ortsvereine werden aufgefordert, die Abrechnungen bis zum 6. Juli an den Zentralkassierer einzusenden, da dieselben sonst auf der Generalversammlung öffentlich bekanntgegeben werden.

Jeder Ortsverein hat die Delegierten zu wählen und die Namen der Gewählten sofort dem Zentralvorstand mitzuteilen.

Die Generalversammlung beginnt präzise 3 Uhr nachmittags. Dieselbe ist öffentlich.

Der Zentralvorstand.

J. U.:
H. Fick, Maurer,
Stockelsdorf.

Eine „Arbeiterfrage“ unter falscher Flagge.

Unter den literarischen Unternehmungen für das „Volk“ zeichnen sich „Hillgers illustrierte Volksbücher“ durch die geschickte Reklame aus, die der Verleger, Hermann Hillger in Berlin und Leipzig, für sein Geschäft zu machen versteht. Wie der gute Mann bei jeder Gelegenheit der Welt verkündet, werden seine „Volksbücher“ von der Vereinigung: „Die Wissenschaft für alle“ herausgegeben. Die Vereinigung, so heißt es weiter in den Reklamen, stehe unter dem Protektorate Seiner Majestät des Königs von Württemberg und biete ihren Mitgliedern in ihrer monatlich erscheinenden Zeitschrift und in Hillgers illustrierten Volksbüchern „auf der Höhe der Wissenschaft stehende, leicht verständliche, belehrende Veröffentlichungen“.

Von diesen Volksbüchern ist jenen der 99. Band erschienen: Die Arbeiterfrage, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinverständlich dargestellt von Syndikus R. Vape in Insterburg. Das

Heft kostet 30 Pfennige und soll offenbar in größeren Mengen an die Arbeiter abgesetzt werden. Aus diesem Grunde halten wir es für unsere Pflicht, uns mit dem Büchlehen etwas eingehender zu beschäftigen.

Von welcher „Höhe der Wissenschaft“ der Verfasser sein Buch geschrieben hat, das mögen uns seine Ausführungen über die Sozialdemokratie zeigen. Die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus, erzählt er seinen Lesern, habe bewiesen,

„daß alle Zukunftspläne seiner Vertreter unerfüllbar bleiben und daß die Arbeiterschaft durchaus nichts von ihren Führern zu erwarten hat. Innerhalb der Sozialdemokratie gärt es schon seit langem; man merkt es nur zu deutlich, daß ein Umbildungsprozess sich vollzieht und daß der aufgeklärte Arbeiter sich kein Parteiprogramm mehr vorzuschreiben läßt. So wie aus dem Gothaer Programm ein Sittlich nach dem anderen Vassalischer Ideen und Forderungen ausgegrenzt wurde, so sind auch schon die Grundlagen der Marxistischen Anschauungen auf dem Aussterbeetat angelangt. Alte und neue Schule stehen sich im eigenen Lager feindselig gegenüber. Betrachten wir nur das alte Sozialistenprogramm und die Anschauungen der Revisionisten. Die Zersplitterung der Partei und die Bildung zahlreicher Organisationen neuerer Richtung sind der beste Beweis dafür, daß der Umbildungsprozess tüchtig fortgeschritten und die soziale Reform feste Wurzel faßt. In den nächsten 10-15 Jahren wird die Partei der Sozialdemokraten ihren alten Charakter gänzlich verloren haben.“

Vor der Zugehörigkeit zu einer Organisation wird der moderne Arbeiter für die Folge das Programm seines Vereins genauer prüfen und nur dort zu finden sein, wo für ihn nationalsozialistische und vaterländische Gesichtspunkte und namentlich wirtschaftliche Vorteile in Frage kommen. Die sozialrevolutionäre Parteipolitik stelle bisher als staatsfeindliches Element eine Elitenwirtschaft im schärfsten Sinne dar, die noch so recht durch ein politisches Strebertum nach außen charakterisiert wird.“

So klingt die „hoch wissenschaftliche“ Darstellung in eine niedrige Beschimpfung des politischen Gegners aus.

Da der Verfasser der Schrift unfähig ist, das Wesen und die Tätigkeit der Sozialdemokratie einigermaßen verständlich zu würdigen, steht er auch verständnislos der Arbeiterbeschäftigung gegenüber, deren „geschichtliche Entwicklung“ er in seinem Buche schildern wollte. Er erwähnt als den Anfang der Arbeiterbeschäftigung in Preußen das Regulativ vom 9. März 1839, das „die Beschäftigung jugendlicher Personen in Fabriken, Berg-, Hütten- und Pochwerken einschränkte“. Er weiß aber kein Wort darüber zu berichten, wie es in Wahrheit mit dieser „Einschränkung“ bestand. Der erste Paragraph des erwähnten Regulativs verbot nämlich, daß Kinder „vor zurückgelegtem neunten Lebensjahre“ in einer Fabrik oder bei Berg-, Hütten- und Pochwerken zu einer regelmäßigen Beschäftigung angenommen werden. Damit war den Ausbeutern das gesetzliche Recht, Kinder von 9 und 10 Jahren in einer Fabrik oder einem Berg-, Hütten- und Pochwerke auszubenten, ausdrücklich verlichen worden. Aberdies standen sogar die Schutzbestimmungen für Kinder unter neun Jahren und die anderen „Einschränkungen“ nur auf dem Papier; in der Praxis wurden sie so gut wie gar nicht beachtet.

Dann zählt der Verfasser einige der später erlassenen Schutzbestimmungen auf bis zu dem „großartig angelegten Arbeiterchutzgesetz vom 1. Juni 1891“ und die darauf folgenden Änderungen dieses Gesetzes, aber ohne auf die Kämpfe einzugehen, die um diese Gesetze geführt werden mußten. Ein naiver Leser der Schrift könnte glauben, daß die Arbeiter alle diese Schutzbestimmungen einzig und allein dem guten Herzen der Regierungsräte zu verdanken hätten.

Die Zurückhaltung mußte sich der Verfasser deshalb auferlegen, weil er sonst nicht hätte verschweigen können,

daß die Sozialdemokratie seit jeher entschieden und zielbewußt für den Ausbau einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten ist. Bekanntlich fordert das kommunistische Manifest vom Jahre 1848: „Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form“; das Eisenacher Programm der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vom Jahre 1869: unbeschränktes Koalitionsrecht, Einführung des Normalarbeitstages, Einschränkung der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit; das Gothaer Programm der geeinigten Partei vom Jahre 1875: einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit, Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen, Überwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte, ein wirksames Haftpflichtgesetz, und das Erfurter Programm vom Jahre 1891 endlich fordert eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung mit dem gesetzlich festgelegten Maximalarbeitstag von acht Stunden, Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeiterverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksämter und Arbeitskammern, durchgreifende gewerbliche Hygiene, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Ebenso hatte bereits im Norddeutschen Reichstag der sozialdemokratische Abgeordnete v. Schmeißer im Jahre 1867 den Entwurf eines „Gesetzes zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital“ ausgearbeitet, das z. B. den zehnjährigen Maximalarbeitstag für alle Fabrikarbeiter fordert. An der Beratung der Gewerbeordnung im Jahre 1869 beteiligten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten eifrig und forderten den Maximalarbeitstag, die Beschränkung der Frauenarbeit und die Abschaffung der Kinderarbeit, die Einführung der Gewerbegerichte, die volle Koalitions- und Rassenfreiheit. Kaum war die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstage genügend erstarkt, da brachte sie — am 11. April 1875 — einen umfassenden Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf ein, „den ersten, der im deutschen Reichstage auf die Tagesordnung kam und dem in der Tat die größte Bedeutung beizumessen ist, weil er alle wesentlichen Schutzforderungen und damit alle Keime der späteren Entwicklung bereits in sich schließt“. Seitdem haben in den Parlamenten die sozialdemokratischen Abgeordneten bei jeder Gelegenheit die nötigen Anträge zum Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung gestellt.

Von all diesen unermüdblichen Bemühungen der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiter bringt die „hochwissenschaftliche“ Darstellung des Herrn Vape — gar nichts. Aber es kommt noch besser.

Aber den „weiteren Ausbau der Gesetzgebung“ schreibt Herr Vape: „Daß es bei der bestehenden Gesetzgebung nicht bleiben werde, hätten die Regierungen durch ihre Vertreter wiederholt betont. Zunächst seien Schutzbestimmungen für die Heimarbeiter zu erwarten, und die dem Reichstage bereits vorliegenden Gesetzentwürfe dieser Art lieferten den Beweis, daß die Sozialpolitiker gerade der Frage der Heimarbeiter ein lebhafteres Interesse zuwenden als etwa der Arbeitslosenfürsorge oder ähnlichem. Hieraus folgt in der Schrift der Wortlaut des Antrages, den das Zentrum und die Nationalliberalen zum Heimarbeiterchutz dem Reichstage unterbreitet haben

Herbststurm.

Roman von Max Kreyer.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Angeregt vom Weine, wollte er den Gemütlchen spielen, trotzdem es ihm eine kleine Genugtuung war, die „Amorette“ von vorn in das Altagslicht zurückzuführen. Während er an den winzigen Garben des hellblonden Schnurrbartchens zwippte und sich unter seinem Lächeln die rotgefunten Wangen blähten, blickte er durch sein Einglas Rita herausfordernd an, unstrittig in dem Bewußtsein des unübersteiglichen Warsohnes, der den Eindruck der goldenen Gardelilien mehr als einmal erprobt hatte. „Das sage ich auch“, pläzte Uten der Ältere plötzlich gemütllich hineln: „Junge, ich habe es dir gleich gesagt: hier herrscht Freiheit der Bewegung, wie immer in guter Gesellschaft. Mahlzeit. Und Ihnen auch, verehrtes Fräulein Rita. Ihr Augenleuchten war mir fortwährend Trost, falls das elektrische Licht erloschen wäre.“ Und nach Empfang eines herzlichen Händedrucks wandte er sich wieder an den andern: „Als älterer Bruder danke ich Ihnen verbindlich für die gütige Nachsicht heute mit dem da... übrigens auch für die liebenswürdige Anerkennung meiner geistigen Fähigkeiten. Aber so etwas habe ich schon als junger Dachs mit Vorliebe „passabel“ gemacht.“

Leutnant von Rex hörte den leichten Spott heraus, überwand aber rasch die Berlegenheit und schnarrte: „Bitte, bitte, hat gar nichts zu sagen; so etwas übersteht man gnädig. Einmal ist ja keinmal, dürfte Ihnen wohl auch noch in Erinnerung sein.“ Und mit einem: „Hoffe nachher noch die Ehre zu haben, gnädiges Fräulein“, verbeugte er sich mächtig vor Rita und ließ sie alle drei mit der offenen Frage stehen, was er mit seinem „gnädig“ gemeint haben könne; die Vorchristumsgebung des jüngeren oder den Erntspruch des älteren Uten, dessen militärische Vergangenheit er zur Genüge kannte.

„Du, das war deutlich gesagt“, sprach Werner hinter ihm her, „sei also hübsch auf der Hut.“ Und als Rita ihm nun steckte, daß Rex bereits bei der Tischunterhaltung ein kleines Unglück passiert sei, lachte Werner und fand nun alles er-
klärlich.

Dann kamen sie aneinander, wie die Geselligkeit es mit sich zu bringen pflegt. Alles verteilte sich wieder in den Räumen und fand sich nach Neigung oder Zufall zusammen.

„Darauf habe ich lange gewartet“, sagte der General im Rauchzimmer zu Werner und griff nach einer schweren Pipmann, die in offenen Riten umherstanden. „Es tut einem außerordentlich wohl, wenn man sich mal wieder die Beine austreten kann. So 2 Stunden auszuhalten — keine Kleinigkeit!“

Werner Uten nickte nur, zugleich aber reichte er ihm verbindlich das brennende Licht hin. „Darf ich bitten, Excellenz, Nach Zihen.“

Beide unterhielten sich immer sehr gut, weil der Gesunde dem Schwermüdrigen alles verständlich machte. Um sie herum standen viele von den andern Herren, hin und wieder passierte eine Dame mutig ihre Zigarette, als Tonangeberin Ida, die es darin zu einer seltenen Fertigkeit gebracht hatte, zum Neide der beiden jungen Strichs, denen von der gestrigen Excellenz-Mutter derartige „Ausweisungen“ streng verboten waren. Manchmal steckte das Reformkleid völlig in einer blauer Dampf Wolke, was dann Herr Silenius, der Maler mit dem schlechtgeratenen Christuskopf, als eine „himmlische Studie“ erklärte.

„Das ist recht, mein Sohn, danach habe ich auch schon gegampelt“, sagte der General dann wieder zu Albert, der mit einer Ladung Bier aufgetaucht war, und griff zum schönen, klaren Pilsener, mit dem er seinen Durst kräftig löschte. Es gab auch noch Münchener, für die Damen, weil diese regelmäßig behaupteten, das andere schmecke ihnen zu bitter, was der General nicht begreifen konnte und auch jetzt wieder mit der Bemerkung abtat, daß die Weibskinder niemals Verständnis für gute Getränke, ausgenommen den Kaffee, bekommen würden. Er sagte das aber sehr vorsichtig, mit einem verdächtigen Blick hinter sich, als könnte er an gewisser Stelle die Verantwortung dafür nicht tragen. Richtig kam auch im selben Augenblick seine Frau herangerauscht, mit den bedeutsamen, ihm ins Ohr getippten Worten: „Alterchen, wollen wir nicht bald gehen?“

Als Antwort darauf griff er zu einem neuen Glase und setzte sich mit ihr fest, denn er war daran gewöhnt, daß sie diese Frage in jeder Gesell-

schaft nach gewissen Pausen regelmäßig wiederholte, ohne daß er sich viel daran lehnte. Das unterblieb nur, sobald Aussicht vorhanden war, daß die Fräulein Dächter auffallend lange durch Herren gefesselt würden — durch unverheiratete natürlich!

V.

Nach einem Weilschen standen die Brüder zusammen. „Na, wie fühlst du dich?“ fragte der Ältere launig. „Du läufst ja schon herum, als gingst du hier seit deiner Geburt aus und ein.“

Der Jüngere lachte. „Siehst du, ich wasche auch ohne dich. Übrigens du, Rita —“

„Rita?“ fiel ihm der Ältere gedehnt ins Wort. „Darauf der Jüngere rief, wobei er rot wurde: „Entschuldige nur, bitte. Übrigens du, Fräulein Rita ist einfach bezaubernd, ganz bezaubernd. So etwas von Mädchen habe ich noch nicht kennen gelernt. Siehst du, da muß man sich ja unterhalten, man will, oder man will nicht. Kunststück! Das ist ja rein fabelhaft, wie die einem die Antwort zurecht macht, wirklich förmlich zurecht macht. Ich kenne mich gar nicht wieder, das merkst du doch.“

Und Werner merkte es ihm auch an. Denn das halb geleerte Glas Bier unsicher in der Hand, stand der Kleine aufgelöst vor ihm, leuchtenden Glanz in den Augen, ein merkwürdig Verwandelter, wie man ihn oft aus jungen, sonst ruhigen Leuten entstehen sieht, in denen ein großer, entscheidender Eindruck die schlummernde Leidenschaft erweckt hat.

Aber Werner legte es anders aus. „Du trink nicht zu viel“, sagte er begütigend. „Du weißt, du kannst das Durcheinander nicht vertragen.“

Der Kleine lachte wieder. „Merkst du mir schon was an? Dann keinen Tropfen mehr.“ Und ohne jeden Groll stieß er das Glas beiseite. Dann fuhr er eifrig fort: „Weißt du, wenn du es nicht wägst — ich könnte einfach neidisch auf dich sein, so aber nie, du kennst mich doch. Mensch, was du für ein Glitz hat! Denn siehst du, das ist doch nun mal wahr: jung bist du auch nicht mehr. Um so stolzer kannst du eigentlich sein auf diese Eroberung... Darauf könnte ich eigentlich nur mit Sekt anstoßen. Bistelecht gibt es noch weilschen.“

den viel wichtigeren Antrag der Sozialdemokraten aber zu dieser Materie verschweigt der Verfasser.

Nach dieser „hochwissenschaftlichen“ Methode ist die ganze Schrift abgefaßt. Sie ist eine gehässige, durch und durch unwahre Tendenz gegen die Sozialdemokratie. Trotz dem bieten Verleger und Verfasser sie als „Volksbuch“ aus. Vor dieser Täuschung wollten wir die Arbeiter warnen.

Soziales und Parteileben.

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Nächster Punkt der Tagesordnung ist das Bank- und Kassenwesen der Konsumvereine. Referent ist Herr Scherling, der erste Direktor der „Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine“. Er begründet in längerer Ausführungen folgende Resolution: „Der Genossenschaftstag nimmt mit Freuden davon Kenntnis, daß die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sich einer Bankabteilung anzugliedern beabsichtigt, um eine organisatorische Behandlung des konsumgenossenschaftlichen Geldwesens herbeizuführen. Der Genossenschaftstag empfiehlt den Verbänden dringend, von dieser Einrichtung den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, mit der Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft in Kontokorrentverkehr zu treten und überschüssige oder zeitweilig müßige Kassenbestände bei der Bankabteilung der G. V. zu hinterlegen. Das Ziel der Organisation des Bank- und Kassenwesens der Konsumvereine muß die unbedingte Verzinsung gegenüber den Lieferanten und die sichere und zugleich auch liquide Anlegung eines entsprechenden Teiles der von den Mitgliedern anvertrauten Spareinlagen sein.“ — Die vorgeschlagene Resolution wird einstimmig angenommen. Den Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes gab A. v. Elm, Hamburg. Er behandelt eine Anzahl wichtiger Entscheidungen des Tarifamtes, die prinzipielle Bedeutung haben, und begründet dann die nachstehende Resolution: „Der Genossenschaftstag erklärt, daß der Beschluß des Düsseldorf-Genossenschaftstages, monach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitsstarife nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, nicht dahin aufzufassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften verweigert werden soll, solange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein. Der Genossenschaftstag ist bereit, bezüglich des Abchlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitsstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen zu treten. Erweitert sich der Beschluß eines Gesamtarifes für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“ — Dem Referate v. Elm's folgt eine längere Debatte, darauf stimmt der Genossenschaftstag der vorgeschlagenen Resolution zu. Dann referierte Dr. Niehn-Wiesbaden über: Die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art. Seine Ausführungen gipfeln in einer Resolution, die lauten Protest einlegt gegen die steuerliche Ausnahmehandlung der Konsumvereine in fast allen deutschen Einzelstaaten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Den Bericht über die Entwicklung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes erstattet Generalsekretär Heinrich Kaufmann. Die Kasse, welche das zweite Geschäftsjahr hinter sich hat, siehe im Zeichen der erfreulichsten Entwicklung. Bis 1907 sind der Kasse insgesamt 113 Vereine mit 3114 Personen beigetreten. Der Bestand der Kasse stellt sich auf 404 448 Mark. Das Vermögen ist bei der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine angelegt. Dann erstattet v. Elm den Bericht des Ausschusses und beantragt die Genehmigung der Verbandsrechnung und Entlastung des Vorstandes, die darauf einstimmig erfolgt. Auch die Voranschläge zu den Kosten des Verbandes, sowie zur Festlegung der Beiträge werden genehmigt nach den Vorschlägen des Ausschusses. Hierbei wird zugleich beschlossen, dem Internationalen Genossenschaftsbund einen

jährlichen Beitrag von 1000 Mark vorläufig zu überweisen. Eine Hälfte zahlt der Zentralverband, die andere Hälfte die Verlagsanstalt.

Die Einführung von Unterrichtskursen für Arbeitersekretäre wurde auf der in Hamburg stattgehabten Konferenz gefordert. Geroffe Sassenbach als Referent begründete den Antrag wie folgt: Es sei schon seit längerer Zeit erwogen worden, besondere, direkt auf die Bedürfnisse der Arbeitersekretäre zugeschnittene Unterrichtskurse einzurichten. Nachdem das dringendste Bedürfnis hinsichtlich der Gewerkschaftsbeamten zunächst erfüllt sei, und zwar in allgemeiner befriedigender Weise, könne auch an die Arbeitersekretäre gedacht werden, für die derartige Kurse noch notwendig seien. Denn während die Gewerkschaftsbeamten mit Sachen beschäftigt würden, in denen sie aufgewachsen seien, würden die aus ihrem Berufe herausgerissenen Arbeitersekretäre vor ganz neue Aufgaben gestellt, die sie meistens nicht ohne weiteres bewältigen könnten. Hier müsse eine theoretische Ausbildung erfolgen, die natürlich nur Anregungen geben, eine Grundlage zu schaffen vermöge, auf der weitergebaut werden könne. Die Notwendigkeit sei unbestritten, ein wenig zweifelhaft sei die Möglichkeit der Durchführung. Er halte die Bedenken für nicht allzu groß. Die Gewerkschaftsbeamten hätten die Kurse, ohne daß die Organisationen darunter gelitten hätten, besuchen können, ja die Kurse seien mit der Zeit von 4 auf 6 Wochen ausgedehnt worden. Auch hier sei zunächst nur ein vierwöchiger Kursus geplant, und als Teilnehmer nur bereits tätige Arbeitersekretäre in Aussicht genommen. Die allgemeinen, sachlichen Kosten werde die Generalkommission tragen, die persönlichen dagegen die betreffenden Arbeitersekretariate, die ja den Nutzen von dem Unterricht zögen. Der Unterricht sei ähnlich gedacht, wie der für Gewerkschaftsbeamte, nur mit etwas mehr praktischen Übungen. Die Verteilung der 182 Unterrichtsstunden auf die einzelnen Unterrichtsfächer sei nach einem Plane des Zentralarbeitersekretariats wie folgt gedacht: Arbeitsvertrag 24, Arbeiterschutzvorschriften 16, Bürgerliches Recht 20, Zivilprozessordnung 16, Strafrecht und Strafprozessordnung 16, Abzahlungsgesetz 4, Arbeiterversicherung 28, Staatsbürgerrecht 8 Stunden. Ins Leben treten sollten die Kurse, sobald die neue Zivilprozessordnung in Kraft getreten sei. In der Diskussion wurde der Vorschlag der Generalkommission als dankenswert bezeichnet, seine Durchführung aber bezweifelt. Sekretariate mit einem Sekretär würden diesen schwerlich 4 Wochen lang entbehren wollen, manche verfügten auch bei weitem nicht über die erforderlichen Mittel. Auch am Lehrplan war Kritik geübt und größere Berücksichtigung z. B. des Sachenrechts gefordert. Der Vorsitzende konstatierte, daß grundsätzliche Bedenken gegen die Unterrichtskurse nicht bestehen, die Arbeitersekretäre sie vielmehr gern sehen würden und einem Versuch nach dieser Richtung ihre Zustimmung geben.

Kellnerkreis in der Münchener Ausstellung. In der Münchener Ausstellung haben die Kellner zum zweiten Male die Arbeit niedergelegt. Gelegentlich der Beilegung der ersten Differenzen wurde eine Hilfskommission gewählt, die etwaige Wünsche und Beschwerden des Personals dem Restaurateur Feilbach unterbreiten sollte. Diese Kommission konnte nicht einmal in Aktion treten, da sie schon bald nach Wiederaufnahme der Arbeit entlassen wurde. „Der Verband der deutschen Gastwirtsgehilfen“ rief das Einigungsamt an, wo dann zwischen einem Direktor des Feilbach und der Organisation ein provisorischer Vertrag abgeschlossen wurde. Dieser Vereinbarung trat der Mutter-Restaurateur nicht bei, entließ sofort eine Anzahl Kellner, um dafür Kellnerinnen einzustellen. Darauf legten die Kellner die Arbeit nieder. Zuzug von Kellnern nach München ist strengstens fern zu halten.

Ein Boykott in den amerikanischen Gewerkschaften hat bisher den Regern die offizielle Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder in ihren Verbänden verweigert. Die großen Verbände nahme keine Regier an, wenn sie sich auch darum bemühten, die Regier unter sich in bestimmten Industriezweigen zu organisieren. Kleine Verbände machten hier und da eine Ausnahme, aber im allgemeinen galt der Regier auch bei den organisierten Arbeitern als Mensch zweiter Klasse. Um so bemerkenswerter ist ein Beschluß, den jüngst die große Organisation der Eisenbahnarbeiter von Amerika auf ihrer Jahresversammlung faßte. Danach sollen von jetzt ab auch Farbige als Mitglieder aufgenommen werden, und es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel Nachahmung findet. So ganz freiwillig hat man sich aber nicht etwa zu dieser Abweichung von alten Vorurteilen entschlossen. Die Schwarzen fingen nämlich an, als Streikbrecher unter den Eisenbahnarbeitern sehr gefährlich zu werden, und so wurde es ein Gebot der Klugheit, ihnen die Anerkennung als gleichberechtigte Arbeiter in der Organisation nicht länger zu versagen. Die Sozialisten traten stets in den Gewerkschaften für die Gleichberechtigung der Farbigen ein.

Aus dem Parteibureau wird dem „Vorwärts“ geschrieben: In Nr. 145 des „Vorwärts“ wurde unabweisend

festgestellt, daß das Eintreten eines Teils der eleganteren Wahlmänner für den konservativen Gegenkandidaten Fischbeck gegen den Willen des Berliner Zentralwahlkomitees erfolgt ist. Das Zentralwahlkomitee erhielt erst nach der Wahl von den eleganteren Vorgängen Kenntnis und rügte sie entschieden. — Zu dieser offiziellen Erklärung mag die „Freisinnige Zeitung“ zu schreiben:

Wir haben niemals geglaubt, daß das Verhalten der eleganteren sozialdemokratischen Wahlmänner auf einen offiziellen Auftrag der sozialdemokratischen Parteilung zurückzuführen sei. Es gibt auch andere Wege, auf denen das gleiche Ziel erreicht werden kann. Die sozialdemokratischen Parteifunktionäre haben sich ja auch in Eleganter selbst von der Wahl ferngehalten. Alle übrigen sozialdemokratischen Wahlmänner waren aber zur Stelle. Wer nur eine Ahnung hat von der sozialdemokratischen Organisation, dem wird niemand einreden, daß die übrigen eleganteren Wahlmänner aus freier Entschliegung zu ihrem Verhalten gekommen seien. Ein energisches Dazwischentreten der Herren Funktionäre hätte ohne weiteres zur Folge gehabt, daß die in Frage kommenden sozialdemokratischen Wahlmänner samt und sonders von der Wahl ferngeblieben wären. Die Erklärung aus dem sozialdemokratischen Parteibureau ist eine Gauckelei. Wer an die Wahrheit ihres Sachlichen Inhalts glaubt, zahlt einen Lächer.

Gibt es wirklich noch Parteigenossen, die uns zumuten, mit solchem Lumpengesindel zu partizipieren?

Rückzug eines Reichsverbändlers. Am Donnerstag stand vor dem Schöffengericht in Hildesheim Termin gegen den verantwortlichen Redakteur der „Hannoverschen Tagesnachrichten“, Hupfer, wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Schlichte, an. Die „Hannoverschen Tagesnachrichten“ hatten behauptet, daß Schlichte bei den Verhandlungen mit dem Werkbeter Blohm zu Hamburg diesem versprochen habe, dafür zu sorgen, daß die Werkten von Streiks geschützt werden sollten. Dann hieß es in dem Artikel weiter: „Er werden die Arbeiter in den Streik gehen und dann diese kriecherische Erklärung. Hundert Mark, es könnten auch mehr gewesen sein, war die Belohnung für die tapfere Sprache des ersten Führers der sozialdemokratischen Gewerkschaft. Endlich redet der Artikel von „derartigen Machinationen und Vandalenschereien.“ Wegen dieses Artikels strengte Schlichte die Privatklage an. Nachdem sich Hupfer behufs Erbringung des Wahrheitsbeweises auf den Werkbeter Blohm und die Führer des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins in Berlin und Gewerkschaftssekretär Lange in Hamburg, berufen hatte, die kommissarisch vernommen waren, die Behauptungen Hupfers jedoch selbstverständlich in keiner Weise bestätigen konnten, erklärte Hupfer durch seinen Vertreter, den Rechtsanwalt Kleinrath aus Hannover, in der Verhandlung, er habe den Artikel von einem Arbeiter erhalten. Er habe diesen gefragt, ob er behaupten wolle, daß Schlichte persönliche Vorteile von Blohm angenommen habe. Der Arbeiter habe erklärt, daß er dies nicht behaupten könne, jedoch hinzugefügt, er sei empört gewesen darüber, daß Schlichte die Forderungen der Hirsch-Dunderschen Arbeiter gegenüber Blohm nicht zu den seinigen gemacht habe, sondern überaus nachgiebig gegen Blohm gewesen sei. Auf Grund dieser Erklärung Hupfers beantragte der Vertreter Schlichtes, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Hupfer nunmehr wegen Verleumdung zu bestrafen, da er jetzt selbst zugestanden habe, daß ihm von seinem Gewährsmann ausdrücklich erklärt sei, daß dieser nicht behaupten könne, Schlichte habe persönliche Vorteile von Blohm angenommen. Dies aber sei in unabweisender Weise in dem Artikel von Hupfer zum Ausdruck gebracht. Hupfer behauptete demgegenüber seinen guten Glauben. Er habe sich auf die Artikel Gleichaufs und die Mitteilungen der eleganteren der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereine, die in Hannover zum großen Teil Mitglieder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seien, verlassen. Er müsse zugeben, daß er falsch informiert worden sei, könne also seine Behauptung nicht aufrecht erhalten. Wider besseres Wissen habe er jedoch nicht gehandelt. Nachdem ihm nachgewiesen worden sei, daß Gleichauf vor Gericht seine Behauptungen in vollem Umfange zurückgenommen habe, sei er gleichfalls dazu bereit. Hupfer gab schließlich folgende Erklärung ab: „Es hat mir stets fern gelegen und liegt mir auch jetzt fern, gegen den Privatkläger den Vorwurf zu erheben, daß dieser durch irgendwelche materielle Interessen, insonderheit durch das mehrerwähnte Frühlück, sich habe beeinflussen lassen, die Interessen des von ihm geleiteten Metallarbeiterverbandes zu vernachlässigen. Ich erkläre ferner, daß ich auch in Zukunft aus der erwähnten Frühlückangelegenheit gegen den Privatkläger keinen Vorwurf mehr erheben werde.“ Auch übernahm Hupfer die sämtlichen Kosten des Verfahrens einschließlich der geschätzten Kosten, die durch die Reisen des klägerischen Anwalts nach Hamburg und Hildesheim entstanden sind. Der Vertreter

„Rotta würde dir besser bekommen,“ warf Werner lustig ein, erweckte aber dadurch nur den Widerspruch des Jüngeren, der die Schultern hob.

„Ich weiß gar nicht, wie du mich heute behandelst,“ murmelte er auf, ohne es böse zu meinen. „Nimm es mir nicht übel, aber eingesehnet bin ich doch schon. Schleppe habe ich auch nicht abgetreten, nicht mal 'n Glas umgeworfen, na, und die Damen kommen ganz gut mit mir aus. Du, um eins bitt' ich dich besonders: nimm' mich hier nicht immer Junge, wie vorhin z. B. in Gegenwart des Leutnants. Es klang ja ganz brüderlich, aber ich fühlte mich doch ein bißchen beschämt, weiß du, so münderwertig, so geknetet, so klein gedrückt vor Fräulein Rita.“

Rita, Rita und immer wieder Rita! Werner hörte es heraus, wie sich bei dem Jüngeren alles um sie drehte, gerade, als wäre ihm ein neuer Horizont mit einer märchenhaft schönen Sonne aufgegangen. Aber weshalb sollte er nicht so schwärmen, er, der sich bisher immer nur unter den Klein-Gehirnen der Mädchenwelt hatte wohl fühlen müssen. Es geschah jedenfalls alles nur im Namen des Bruders, mit dessen Augen er nun sah und dessen Perzenswünsche auch die seinigen waren.

„Revolutionär du, es sei dir gewährt,“ sagte Werner. Und um ihn bei Laune zu erhalten, griff er zum frischen Glase und rief mit ihm an. „Hoffentlich habi Ihr Euch beide gut behandelt, denn genug Gegenstände liegen ja in Euch,“ fährt er dann fort.

„Du, die sollen sich ja manchmal berühren,“ sagte Walter mit heiterer Offenheit. „Aber sei unbesorgt, Großer, sie hat mich gleich mächtig gebuddelt, das scheint sie mit dir gemein zu haben. Es ärgerte mich ordentlich, dann aber schlossen wir Frieden.“

„Na, dann kannst du ja später unser Tischgast werden,“ warf Werner beifriedig ein.

„Mit Wonne“, erwiderte Walter lachend und zog ihn dann genötigt mit sich fort in eine stille Ecke, wo sie, den Kopf im Rücken, ein paar Minuten ganz ungestört waren.

Der Ältere hatte vor einiger Zeit größere Ausgaben gehabt, was er mehrfach angedeutet hatte, ohne gerade in den Jüngeren zu dringen. Nun wollte ihm dieser auf der Stelle eine Freude bereiten, indem er ihm die Summe gleich übergab.

„Nimm doch, nimm doch, ich könnte es vergessen,“ bat er förmlich, als der andere mit der Ausrede abwehrte, daß das ja noch Zeit habe. Dann aber griff er doch zu und ließ die Hundertmarkscheine verschwinden, wobei er sagte: „Wenn das so weiter geht, fütterst du mich mit deinen blauen Lappen noch mal tot.“

„Ich verdiene sie ja leicht genug,“ wandte der Jüngere ein. „Schließlich bleibt es doch immer in der Familie, wie du zu sagen pflegst.“

Und es folgte die bekannte Rede des Älteren von dem neuen Leben, das er beginnen werde, und daß er dann alles auf einmal zurückerstatten werde. „Siehst du, mein Junge, ich sehe so hoch in deiner Schuld, daß ich sie nur durch einen Gewaltstreich tilgen kann. . . Ich werde arbeiten, arbeiten, irgend etwas unternehmen! Rita hat ja Vermögen, und dann werde ich aufbauen von früh bis spät.“ Zugleich sagte er aber an seinen rechten Arm und verzog das Gesicht in einer Anwandlung von Schmerz, was ihn daran erinnerte, daß er alle diese Zukunftsträume nicht ungefragt durchleben dürfe. „Siehst du, schon beim Tafeln verdarb er mir manchmal die Laune, ich konnte ihn kaum bewegen. Nächstens werde ich ihn mir abzeichnen lassen, da sieht die Welt wenigstens, daß ich ein Krüppel bin. So aber glaubt es mir niemand, denn ich schlenkere mit ihm vor Freude, wenn ich auch die Zähne zusammenbeiße. Manchmal komme ich mir wie ein trummungelochener Hund vor.“

Walter sagte nichts, aber aus seinen Augen sprach derummer, den er mit dem andern teilte. Sanft strich er ihm über den Arm, als könnte er ihm Wohlbehagen damit bereiten. Und sein Gelöbnis wurde innerlich nur noch mehr befestigt. Das wäre ja noch schöner, daß dieser herrliche Begeist'ung sich um eingebildete Schulden irgend welche Sorge machen sollte! Und wenn sie gar nichts hätte, er lie zu nehmen trachtete, wie sie ging und stand,

so würde er, Walter Ilten, Mitinhaber der großen Firma Friedrich Gremer und Kompagnie, es für seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit halten, das übrige noch zuzulegen, um ihm auch als Chemann das Dasein einigermaßen erträglich zu machen. Und so schnitt er jede weitere Erörterung darüber liebevoll ab, ganz unter dem Eindruck der augenblicklichen Verfassung des Bruders.

Im Musiksalon wurde der Flügel angeschlagen, und man drängte sich aus Anstand, auch etwas von diesen Genüssen mitzunehmen. Frau Adele von Barel sang, die Beschiedene eines Offiziers, die ihren Mädchennamen wieder angenommen hatte und im Westen ein kleines Konservatorium unterhielt; eine schon stark verblühte Walküre mit lüppig geknotetem Blondhaar, die sich aber durch geschicktes Auslegen von Rot und Weiß für die Kurzschichtigen noch frisch zu erhalten wußte. Im langen Schleppekleid, künstlich aufgestakelt, blaue Baackfingerringe im Paar und um den Hals, erdrückte sie mit ihrer mächtigen Hüftenausladung fast den zierlichen Herrn, der sich zur Begleitung erboten hatte und wie verkümmelt auf seinem Sessel saß.

„Siehst du, das ist auch so eine Salonzigeunerin, die diese Abfütterungsabende als Witternachtsjonne zu erheben pflegt,“ trüffelste Werner, der seine gute Laune wieder erhalten hatte. „Sie ummelt überall herum, und mir würde etwas fehlen, wenn mich ihr eingeroffelter Alt vor der Abgiebung der Gäste nicht noch beglückt hätte. Trotzdem ist ihr Programm schon auswendig kenn. Böse Zungen nennen sie die Wohlthätigkeits-schraube — weshalb, das müssen ihre Neider wissen. Wahrscheinlich, weil sie alle lieben Bekannten und Gönner mit dem Billeits zu ihren Konzerten schraubt, die stets zugunsten einer notleidenden Dame stattfinden, deren Namen nie genannt wird. Woraus ich schließe, daß sie es selbst ist. Genieße also diesen Abgott aller Dazarschlängen, die sich um ihn winden, weil er das Defizit wenigstens erträglich macht. Ich werde mich an ihrem Echo laben.“

Und er schob den Bruder sanft durch die Tür, wo die betörten Kunstheuchler sich Kopf an Kopf drängten, während er selbst auf die Entdeckung Ritass ausging.

(Fortsetzung folgt.)

Schlüsse behielt sich einen dreiwöchigen Widerruf zu den Akten vor. Endlich verpflichtete sich Gupfer, nach Annahme des Vergleichs, innerhalb einer Woche den Wortlaut seiner Erklärung in dem von ihm redigierten Blatte ohne jeden Zusatz zu veröffentlichen an der Spitze des zweiten Blattes, wofolbst der inkriminierte Artikel gestanden hat.

Fürst Eulenburg vor dem Schwurgericht.

Schon der erste Tag des Eulenburg-Prozesses zeigt die ganze Hohlheit der Prozedur von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Welche zarte Rücksicht nimmt man auf diesen hochgeborenen Verbrecher! Schon vorige Woche konnte eine Berliner Korrespondenz mitteilen, wie weit die Rücksicht geht. Der Fürst sei, hieß es da, seit langen Jahren Morphiumist und habe dies Betäubungsmittel auch während seiner Untersuchungshaft in der Charité ruhig weiter erhalten. Bei der Verhandlung gegen ihn vor dem Schwurgericht werde auf diese Gewohnheit des Fürsten weitgehende Rücksicht genommen werden. Morphiumisten seien des Morgens in der Frühe von dem Gift, das sie am vergangenen Tage dem Körper zugeführt hätten, noch erschöpft und müde, um wieder voll in den Besitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte zu gelangen, eine neue Dosis Morphium zu sich nehmen. Daher sollte auch während des Prozesses gegen Eulenburg die Verhandlung an jedem Tage immer erst um 11 Uhr beginnen und täglich nicht länger als drei Stunden dauern. Außerdem sollte der hohe Angeklagte alle drei Tage einen Ruhetag erhalten und schließlich sollte das Gericht sich mit der Absicht tragen, die Beweisaufnahme möglichst abzukürzen, weil es gleichgültig sei, ob Fürst Eulenburg sich in zwei, drei oder mehr Fällen der Vergehen schuldig gemacht habe, die er unter seinem Siede ableugnete.

Und richtig begann die Verhandlung gestern — Montag, den 29. Juni — vormittags auch erst um 11 Uhr. Natürlich wurde auch während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit vollständig ausgeschlossen. Auch Vertreter der Presse haben keinen Zutritt. Sehr charakteristisch begründete der Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel seinen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit damit, daß das im Privatinteresse des Angeklagten und der Angehörigen liege. Wolffs Bureau berichtet über die Verhandlung:

Zu der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Eulenburg, deren Beginn für heute 11 Uhr vormittags überaumt war, hatte sich bereits ein zahlreiches Publikum um 10 Uhr vor dem alten Kriminalgerichtsgebäude auf den reppen deselben angesammelt. Bereits um 10 1/2 Uhr wurde der Fürst auf einer Tragbare in den Raum vor dem großen Schwurgerichtssaal, in welchem die Verhandlung stattfinden soll, transportiert.

Zu Beginn der Verhandlungen weitten bei dem Fürsten die Fürstin und seine beiden Söhne. Der Fürst nahm in einem Lehnstuhl Platz. Kurz nach 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landrichtersdirektor Kanaw, die Verhandlung. Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel. Die erste Auslosung der Geschworenen nahm längere Zeit in Anspruch.

Nach dem Aufrufe der 60 Zeugen, worunter sich die Fürstin, der älteste Sohn des Fürsten und Graf Runo Rolke befinden, ermählte der Vorsitzende in einer Ansprache die Geschworenen, sich nicht durch alles das, was über diesen Fall in der Öffentlichkeit zugunsten und zum Nachteil noch zuungunsten des Angeklagten gesprochen und geschrieben sei, beeinflussen zu lassen, sondern objektiv auf Grund des Bildes, das die Verhandlung biete, ihren Wahrspruch abzugeben. Hierauf wurden die Personalien des Angeklagten festgestellt. Der Fürst gab u. a. auf Befragen Auskunft über die Zahl und das Geburtsjahr seiner Kinder. Hierauf stellte Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit in weitestem Umfange. In der Begründung dieses Antrages sagte der Oberstaatsanwalt: Ich kann mich dem Gewicht der Gründe, die dafür sprechen, diese wichtige Angelegenheit in der Öffentlichkeit zu verhandeln, nicht verschließen; aber noch wichtiger Gründe sprechen für meinen Antrag. Wir haben nichts zu verheimlichen, wir haben hineingeleuchtet in die dunkelsten Ecken und Winkel und überall hin Licht gebracht, soweit menschliche Kraft es bringen kann. Ich würde der Beweisaufnahme vorgreifen, wenn ich das Ergebnis dieser umfassenden Untersuchung bereits hier mitteilen wollte. Ich kann aber schon jetzt behaupten, daß das meiste, was ermittelt wurde, bereits in der breitesten Öffentlichkeit bekannt ist und bis zum Überdruß erörtert wurde, aber es spricht doch das Gebot der Sittlichkeit dafür, hier nicht öffentlich zu verhandeln, ferner das Privatinteresse des Angeklagten. Wenn man aber das Privatinteresse des Angeklagten nicht gelten lassen will, so kommt das persönliche Interesse der Zeugen, die hier über Handlungen, Neigungen und Verfehlungen Aussagen sollen, über die niemand gern in der Öffentlichkeit Auskunft gibt. Sollte, was ich nicht annehme und nicht annehmen kann, Mißtrauen gegen die Justiz herrschen, so wird die notwendige Kontrolle über diesen Prozeß ausgeübt werden von Volksrichtern, die allein über die Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten zu entscheiden haben. Die beiden Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Bronker und Rechtsanwalt Chodzizner erklärten, dem Antrage des Oberstaatsanwalts nicht widersprechen zu wollen. Der Fürst habe zwar kein privates Interesse an Ausschluß der Öffentlichkeit, aber sie wollten in diesem Falle das öffentliche Interesse über das Privatinteresse des Fürsten stellen. Der Angeklagte stimmte seinen Verteidigern ausdrücklich zu. Der Gerichtshof zog sich zur Beschlusfassung über den Antrag des Oberstaatsanwalts zurück. Nach dem Wiedererscheinen des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende den Beschluß, die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen. Auch die Presse wird ausgeschlossen. In der Begründung führte der Vorsitzende aus: So münchenswert auch eine öffentliche Kontrolle und öffentliche Kritik ist, so ist doch dieser Fall geradezu ein Musterbeispiel dafür, daß die Sittlichkeit Gefahr läuft, weil hier Handlungen erörtert werden müssen, welche keusche Ohren nicht vertragen können. Das können wir nicht verantworten.

Wie ein Gerichtsberichterstatter meldet, dauerte die weitere Verhandlung bis kurz vor 4 Uhr nachmittags. Die Vernehmung des Angeklagten soll beendet sein. Der Fürst stellte auf entschiedenste seine Schuld in Abrede. Sein Gesundheitszustand soll nichts zu wünschen übrig lassen. Der Fürst soll sich mit großer Gewandtheit verteidigt haben. Zeugen wurden noch nicht vernommen. Heute vormittags 11 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Anarchistenvernichtung wird vom Richterstuhl der preussischen Gerechtigkeit aus gar tapfer fortgesetzt. Der bekannte Anarchist Former Rudolf Destréich wurde am

Freitag aus dem Zuchthause der 3. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin in den Vorhof des Landgerichtsdirektors wieder vorgeführt, um sich wegen Aufforderung zum Ungehorsam und Anreizung zu Gewalttätigkeiten zu verantworten. Es handelt sich um die von dem Angeklagten vertretene Broschüre des Anarchisten Nicuvenhuis "Krieg dem Kriege". Die Anklagebehörde und dieselbe Strafkammer hatten seinerzeit darin die beiden angeführten Vergehen erblüht und den Angeklagten zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf die hiergegen eingelegte Revision war das Urteil aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die erste Instanz zurückgewiesen. Inzwischen ist Destréich bekanntlich wegen "Hochverrats" zu der ungeheuren Strafe von drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Anfangs voriger Woche will die Kriminalpolizei Kenntnis davon erhalten haben, daß von verschiedenen Anarchisten der Plan gefaßt worden sei, den Angeklagten Destréich, wenn er zum Termin aus dem Zuchthause vorgeführt würde, unter Anwendung von Gewalt zu befreien. Es sollen zu diesem Zwecke verschiedene bewaffnete Anarchisten im Zuhörerraum Platz nehmen. Die Nachricht an die Polizei scheint eitel blauer Dunst gewesen zu sein. In der Verhandlung wurde "wegen Gefährdung der Staatssicherheit" die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil lautete wegen angeblicher Vergehen gegen die §§ 111 und 130 des Strafgesetzbuches wiederum auf die enorme Strafe von einem Jahre und 6 Monate Gefängnis. Durch den Ausschluß der Öffentlichkeit ist die Rechtsicherheit stark gefährdet. Das ergangene Urteil scheint dem Rechtsempfinden nicht minder zu widersprechen wie das ungeheuerliche im Hochverratsprozeß gegen Destréich gefällte des Reichsgerichts.

Die Bürgermeisterstochter von Brand. Vor dem Schwurgericht zu Freiberg nahm am Montag der Mordprozeß gegen Grete Beier, der Bürgermeisterstochter von Brand, seinen Anfang. Wie bekannt, hatte Grete Beier ihren Bräutigam, den Obergeringentur Preßler aus Chemnitz, im Mai 1907 in dessen Wohnung erschossen. Im Frühjahr 1906 lernte die Beier den Obergeringentur Preßler aus Chemnitz kennen. Es entstand ein Liebesverhältnis, das schließlich zu einer Verlobung führte. Das Verhältnis währte viele Monate, bis es durch den gewaltsamen Tod des Bräutigams zerstört wurde. Margarete Beier hatte sich, wahrscheinlich von ihrer eigenen Mutter beeinflusst, ein im Gewahrsam ihres Vaters befindliches Sparschweinchen angeeignet und eine größere Geldsumme abgehoben. Dies kam heraus und am 4. Juli 1907 erfolgte ihre Verlobung. Jetzt war die wegen Unterschlagung angeklagte Bürgermeisterstochter auf den Beistand ihrer Mutter und eines zweiten Geliebten angewiesen. Mit diesem, dem aus Dresden gebürtigen, 28 Jahre alten Kaufmann Merker, hatte sie noch während ihrer Brautzeit ein intimes Verhältnis. Grete Beier erhielt im Untersuchungsgefängnis verschiedene Sendungen ihrer Mutter. Unter anderem einmal einen Garnknäuel, in dessen Mitte der Untersuchungsrichter einen — Bleistift fand. Das veranlaßte ihn, auch nach Papier zu forschen. Als er dies im Futter eines Jacketts entdeckte, entdeckte, ließ er beides passieren, beobachtete aber die mit der Wäsche aus- und eingehenden "Kassiber". Der Inhalt des Kassibers sowie die bei einer Hausdurchsuchung aufgefundenen Briefschaften der Beier führten auf die Spur eines Mordes und lieferten schließlich so belastendes Beweismaterial, daß die Verhaftete ein offenes Geständnis ablegte. Hiernach ist Grete Beier nach wohl vorbereitem Plane nach Chemnitz gereist, wo sie ihren Bräutigam ermordete, indem sie ihm neckend die Augen verband und ihn dann durch zwei Revolverkugeln zu Boden streckte. Das Motiv zu der Tat war Geldgier. Der Ermordete besaß ein Barmvermögen von 10000 Mark sowie eine wertvolle Wohnungseinrichtung. Die Mörderin fällte ein selbstgeschriebenes Testament mit der Unterschrift ihres Verlobten, setzte sich selbst zur Universalerbin ein und schob das Testament unter die übrigen Papiere des Ermordeten. Einige Zeit vorher hatte Grete Beier eine mit "Alexander Hermsdorf" unterzeichnete Umfrage an den "Freiberger Anzeiger" gerichtet, und um Auskunft über folgende Punkte im Briefkasten gebeten:

"Kann ein Bräutigam seine Braut zur Universalerbin einsetzen in einem sogenannten unfeierlichen Testament? Oder ist das selbe ansechtbar, wenn noch eine Mutter und Geschwister da sind, die aber in guten Verhältnissen leben? In diesem Falle ist erbberechtigt doch wohl nur die Mutter? Ich möchte das gern wissen, da ich in der Lage bin, daß mir jeden Tag etwas passieren kann und ich meine Braut auf alle Fälle gesichert wissen möchte. Dann bin ich bei der Teutonia eine Rentenversicherung eingegangen, so daß nach meinem Tode meine Frau eine jährliche Rente von 5000 und so viel bekommt und nach 25 Jahren das versicherte Kapital extra. Ist die Gesellschaft verpflichtet, diese Rente im Falle meines Todes vor der Hochzeit zu zahlen, wenn ich in meinem Testament meine Braut dazu ermächtige. Ich möchte das ganz genau wissen. Jedenfalls muß die Versicherung zahlen, da ich doch gesteuert habe, nicht wahr? Wenigstens habe ich es so gelesen. Wie muß ich nun ungefähr schreiben, damit meine Braut keine Unannehmlichkeiten hat? Muß meine Mutter einen Pflichtteil bekommen? Ich bin mit ihr schon lange zerfallen, ebenso mit meinen Geschwistern."

Drei Tage später, als Grete Beier die Auskunft erhalten hatte, am 14. Mai 1907, wurde der Bräutigam in Chemnitz ermordet. Nach dem Tode Preßlers fielen Grete Beier und ihre Mutter über den Nachlaß her. Wenige Tage nach dem Morde erschienen sie mit einem Möbelwagen vor der Chemnitzer Wohnung. Im Verein mit der Mutter packte Grete Beier die Wohnungseinrichtung, die Wäsche, die Kleider und — die Restbestände von Preßlers Weinkeller in den Wagen, um alles mit nach Brand zu nehmen. Grete Beier ist am 5. Juni d. J. wegen schweren Diebstahls, einer schweren und einer einfachen Urkundenfälschung und einer erfolglosen Aufforderung zum Mord zu fünf Jahren Zuchthaus, acht Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden. Das Raffinement bei Ausübung der Mordtat ließ zunächst den Gedanken aufkommen, daß die Täterin nicht im Besitze ihrer Geisteskräfte sei. Sie wurde daher einige Wochen auf ihren Geisteszustand untersucht, die Sachverständigen äußerten sich aber dahin, daß Grete Beier wohl hysterisch und geistig minderwertig, zur Zeit der Tat aber zurechnungsfähig gewesen sei.

Eine Dreizehnjährige zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen eines Giftmordversuchs und wegen Brandstiftung hatte sich das 13 Jahre alte Kindermädchen Anna Scharte aus Kunis vor der Strafkammer in Liegnitz zu verantworten. Sie wurde beschuldigt, die beiden vier und fünf Jahre alten Söhne ihres Dienstherrn mittels Phosphors zu vergiften versucht zu haben und die erst im vergangenen Jahre neu erbaute massive Scheune ihres Arbeitgebers vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben, so daß diese vollständig eingestürzt wurde. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis. Ein unerhörtes Urteil!

Begnabigt. Die gegen den Redakteur der "Wahrheit" Otto Weber am 22. Februar durch Urteil der 4. Berliner Strafkammer wegen Beleidigung des Reichskanzlers

balen Bernhard v. Bülow, eines Neffen des Reichskanzlers, erkannte zwei monatige Gefängnisstrafe. Er ist in eine Geldstrafe von 300 Mark im Gnadenwege umgewandelt worden.

Aus Nah und Fern.

Die Braut in Flammen. Auf eine schreckliche Weise hat sich in Breslau ein junges Mädchen das Leben genommen. Die 23 jährige Braut eines Handlungsgelhilfen bezog sich nach einem Streit mit ihrem Bräutigam mit Spiritus und zündete sich dann an. Das Mädchen erlag den Verletzungen. Der Bräutigam, der das Feuer löschen wollte, erlitt schwere Brandwunden.

Durch einen Blitzschlag geheilt. Daß ein Blitzschlag mitunter auch gute Folgen haben kann, beweist folgender Vorfall. Als dieser Tage ein sogenannter kalter Schlag den Gasthof zum "Sächsischen Hof" in Cunewalde traf, der einen seit etwa zehn Jahren infolge Erschreckens durch einen Schuß taubstumm gewordenen Arbeiter auf dem Hofe beschäftigt, erlitt der Arbeiter durch den Blitzschlag wiederum einen heftigen Schreck, der aber die wohlthätige Folge hatte, daß ihm das Gehör wiederkam; außerdem fängt er an, sich wieder der Sprache zu bedienen.

Geständnis eines jugendlichen Mörders. Der fünfzehnjährige Laufbursche, der unter dem dringenden Verdacht, den Knabenmord im Stadtwalde bei Köln begangen zu haben, vor mehreren Tagen verhaftet wurde, hat nach anfänglich hartnäckigem Leugnen die Tat eingestanden. Der Bursche erklärte, daß er die Tat in einem Drang nach Abenteuern ausgeführt habe, veranlaßt durch die Eindrücke, die er durch das Lesen von Sherlock-Holmes-Romanen und Indianer-Geschichten empfangen habe. Er habe mit einem Fürsorgezögling durchbrennen und sich umhertreiben wollen nach Art der Helden dieser Romane. Am Abend gegen 10 Uhr sei ihm der Knabe Jakob Hammer auf dem Wege begegnet. Ihm sei ein Bild in die Erinnerung gekommen, das er auf dem Titelbild eines Sherlock-Holmes-Romans gesehen habe, wo jemand einem Menschen eine Schlinge über den Kopf wirft. Er habe den Knaben veranlaßt, mit ihm nach einem Teich zu gehen, um zu fischen. Dabei habe er dem Knaben die Schlinge um den Hals geworfen, ihn hinterwärts zu Boden gerissen, und etwa 10 Schritte weit geschleift. Um die Tat zu verwischen, habe er den toten Knaben auf die unteren Zweige einer Kiefer gesetzt, die Schlinge um den Ast gelegt, um den Eindruck zu erwecken, als habe sich der Junge erhängt. Da ihm dies aber zu unnatürlich erschien, habe er den Strick durchschnitten, worauf die Leiche herniederstürzte, dann sei er fortgegangen.

Aus einer kleinen Residenz. In der "Darmstädter Zeitung" lesen wir: "Personalien. Der Hofstallportier Nees wurde unter Bezeugung der Zufriedenheit für langjährige, treu geleistete Dienste in den Ruhestand versetzt und der Hofwagenväter Döring zum Hofstallportier ernannt". Nächstens wird man auch noch von Hofstallwärtinnen usw. zu hören bekommen.

Ein tragischer Vorfall im Gerichtssaale spielte sich in Kreuznach ab. Ein Mainzer Gastwirt will bei einem Kreuznacher Weinbändler nur 22 Flaschen Wein bestellt, aber 72 Flaschen erhalten haben. Der Wirt verweigerte die Annahme in dieser Menge, worauf am Amtsgericht Kreuznach ein Zivilprozeß entstand. Dieser Tage sollte nun der Weinbändler den ihm zugehörenden Eid leisten, daß bei ihm tatsächlich 72 Flaschen Wein bestellt worden seien. Nachdem der Weinbändler dies beschworen, rief der Mainzer Wirt ihm zu: "Eben hast du einen Weineid geleistet!" In demselben Augenblick brach der Weinbändler, von einem Schlaganfall betroffen, bewußtlos zusammen. Die eine Hälfte der Körperseite war gelähmt. Der Kranke mußte aus dem Gerichtssaale nach seiner Wohnung gebracht werden. Hier ist er einige Tage später an den Folgen des Schlaganfalls verstorben.

Wieder eine Zelluloid-Explosion in Wien. In der österreichischen Hauptstadt, wo erst kürzlich 18 Menschen einer Zelluloid-Explosion zum Opfer gefallen sind, ist eine neue Explosion erfolgt, worüber berichtet wird: Im Wiener Bezirk Favoriten, Quellengasse 128, erfolgte Freitag abend 10 Uhr eine starke Zelluloid-Explosion, wobei nur durch Zufall nur zwei Personen verletzt wurden. Der Kammacher Urbanek, der seinen Geschäftsbetrieb unter dem Straßenniveau hat, wo sich sieben Erwachsene und acht kleine Kinder befinden, hatte 100 Kilogramm Rohmaterial Zelluloid und 30 bis 40 Kilogramm Abfälle vor der Gewerbekommission verheimlicht und sie im Keller und unter den Lehrlingsbetten aufbewahrt. Freitag abend ist der Zelluloidtaub angeblich durch Selbstentzündung mit starker Detonation explodiert. Die Stichflamme schoß durch das Stiegenhaus bis zum dritten Stock. Niemand konnte im Rauch aus dem Hause flüchten, und die Feuerwehr konnte nicht ins Haus bringen. Es war also ein Glück, daß nur zwei Personen verletzt wurden. Der Zelluloidvorrat im Keller ist nicht explodiert.

Der Untergang des Dampfers "Larache". Der spanische Dampfer "Larache", der am Mittwoch nachmittags um 4 Uhr vor Corunna unterging, war ein Schiff von 1500 Tonnen. Die Passagiere und Mannschaften an Bord waren fast alle spanischer Nationalität. Die Nachrichten über die Verluste sind sehr verschieden. Anfangs hieß es, daß kein Menschenleben verloren gegangen sei, dann aber kam die bestürzende Nachricht, daß 151 Menschen ertrunken seien. In den Fischerorten an der Küste trieben Leichen an. Von verschiedenen Orten wurden Boote ausgesandt, um Hilfe zu bringen, die aber infolge des schweren Seeganges wenig auszurichten vermochten. Einige Fischerboote retteten 47 Leute, die nach Muros gebracht wurden, wo zwei von ihnen starben. Zwei später einlaufende Fischerboote brachten 15 Überlebende in den kleinen Hafen von. Die Boote des Dampfers selbst, die sofort ausgelegt wurden, als er sank, wurden von den Wellen zerschmettert. Das Schiff sank wenige Minuten nach seinem Auslaufen auf einen unterseeischen, auf der Karte nicht vermerkten Felsen. Nach anderer Lesart lief es auf die bekannte Limda-Bank auf, die auch dem Kreuzer "Kardinal Aueros" verhängnisvoll geworden war. Unter den Toten befinden sich der Kapitän, der erste Offizier, der Schiffsarzt und der Schiffstaplan. Die Geretteten waren zum Teil nackt. Die zweite Meldung von den großen Verlusten scheint glücklicherweise übertrieben gemessen zu sein. Dies war von Anfang an die Ansicht der Schiffahrtsgesellschaft, die sogar die Zahl von 78 Toten für zu groß hielt. Da nicht genau bekannt war, wie viele Passagiere sich an Bord befanden, läßt sich der Verlust nur annähernd feststellen. Nach einem vom 26. datierten Telegramm aus Corunna weiß man mit Bestimmtheit nur, daß 23 Personen ums Leben kamen. Der Unfall wird nach diesem letzten Telegramm dem Nebel zugeschrieben. Der Kapitän soll nach demselben Telegramm nicht tot sein. Er befand sich, weil er an Rheumatismus litt, in seiner Kabine, als das Schiff aufstieg, und sprang halbnackt in die See. Sein Seiden machte es ihm fast unmöglich, zu schwimmen, aber eine Welle faßte ihn und schweberte ihn bewußtlos ans Land. Die meisten der Passagiere befanden sich unter Deck, als der Unfall erfolgte. Es entstand eine fürchterliche Ver-

stimmung, und herzerregende Szenen spielten sich ab. Die Passagiere waren vor Angst nicht imstande, die Rettungsgürtel anzulegen. Das Schiff hatte einen alten erfahrenen Boten an Bord.

Das Spielzeug des Sultans. Mit dem Einzug Mulay Hafids in Fez hat die Herrschaft des Sultans Abdul Afis in Wirklichkeit ihr Ende genommen, und der Herrscherwechsel kam auch darin zum Ausdruck, daß der neue Herrscher über den Sultanspalast bezog und die mannigfachen Geräte und Apparate, die Abdul Afis hier aufgestellt hatte, aus dem Palast entfernen ließ. Man hat das Mulay Hafid verüben wollen; aus dem Umstände, daß der neue Herrscher zuerst die „Zeugnisse westlicher Zivilisation“, die sein Vorgänger im Schloße aufgehängt hatte, beiseite schaffen ließ, zog man Schlüsse über das Verhältnis Mulay Hafids zu einer fortschrittlichen Entwicklung in Marokko. Der marokkanische Korrespondent der „Times“, Walter V. Harris, schreibt nun in einem Briefe diese „Zeugnisse westlicher Zivilisation“, die Mulay Hafid beiseite ließ, und deren Entfernung aus dem Sultanspalast noch Ansicht des englischen Korrespondenten nicht nur von den strenggläubigen Mohammedanern begrüßt werden muß, sondern auch von allen Europäern, die den Wunsch haben, auf dem maurischen Thron einen „ernsten Herrscher“ zu sehen. Lassen Sie mich diese Zeugnisse der Zivilisation beschreiben. Da liegen eine Anzahl zerbrochener und hoffnungslos verrosteter Automobile, denn Straßen gibt es in Marokko nicht. Dort ein ganzer Haufen unbrauchbarer Fahrräder. Hier ein großes Atelier, das vom Fußboden bis zur Decke vollgepfropft ist mit zahllosen beschädigten photographischen Apparaten und mit allerlei unbrauchbar gewordenem Material. Dort steht eine prunkvolle Staatskutsche, durch dreißigjährigen Regen morsch geworden und von Moos überzogen. Hier ein kostbares, großes Schlafbett aus geschliffenem Spiegelglas. Dort ein Personenlift, der natürlich niemals eingerichtet werden konnte. Hier gewaltige teure Kochherde, die nur Kohlen brennen, also ein Material, das in Marokko nicht zu erlangen ist, dort zwei beschädigte und halberfallene Dampfboote. Dann eine riesige Sammlung photographischer Filme, die Sujets darstellen, die in Europa verboten werden müßten. Dort zahllose Kisten prunkvoller, goldbesetzter Phantasienformen, die von dem teuersten europäischen Militärschneider herkommen, ganze Berge zerbrochener, mechanischer Spielzeuge, vergoldeter Vogelkäfige, Eisenbahnmodelle, eine inkomplette Lokomotive, eine Druckpresse, die so schwer ist, daß der Apparat sich tief in den Boden des Lenkplatzes eingesenkt hat, wo man sie einmal aufstellte und dann achlos stehen ließ. Duzende von Rollen Zeitungspapier, Damenunterkleider, falsche Haare, Feuerwerksballons, Klaviere, Harmoniums und Drehorgeln, ausgestopfte Vögel und Laufende von anderen Dingen, alle von Moos bekleidet oder von Rost zerfressen, angehaugt von den Ratten und von Staub und Spinnweben bedeckt. Wenn man bedenkt, wie viele ungezählte Millionen Abdul Afis für diese „Zeugnisse westlicher Zivilisation“ verschleuderte, Millionen öffentlicher Gelder, zu Zeiten, da sein Volk auf den Straßen vor dem Palaste des Hungers starb, wenn man bedenkt, wie diese Anhäufung von fremdartigen Extravaganzen das Britanergemüt des strenggläubigen Mauren empören mußte, so kann man Mulay Hafid nur recht geben, wenn er das Bestreben zeigt, das Regieren von der ersten Seite zu nehmen.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 21. Juni bis 27. Juni 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
13. Juni. Seematschritt D. G. B. Schulz, 16. Buchhalter W. C. S. Grundmann, Arbeiter H. G. Neelen, Arbeiter H. W. Knoop, Kaufmann O. J. Schlichting, Arbeiter H. J. Neumann, Lokomotivführer R. G. W. Thiel, Arbeiter C. G. Ehr. Ludwigen, 17. Arbeiter G. Jezorka, Schmied F. M. H. Nagel, 18. Kamer F. W. Dose, Maurer W. G. F. Reiter, Klempner H. J. J. Wiedmann, 19. Arbeiter F. W. J. Menzel, Arbeiter H. W. Schuldt, 21. Geschäftsführender A. W. C. Mener, Schmied G. F. G. Dierks.

22. Arbeiter H. F. J. Koff, Arbeiter J. O. F. Köhler gen. Nickel, Schlachter C. F. J. D. Jürgensen, 23. Stationsarbeiter H. C. M. Brodmann, Bauwart F. G. J. R. Schlöher, 24. Oberlehrer Dr. phil. E. R. P. Wilmanns, Schuhmann F. O. Herrmann, Böttcher F. W. Steputat, 25. Arbeiter H. C. Schund.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

14. Juni. Töpfermeister R. F. R. Biech, 19. Arbeiter A. Blaszkewicz, Bureauleiter A. R. Dohmann, Arbeiter E. A. Wehrndt, Schlachtermeister G. J. F. Jansen, 20. Lagermeister H. L. R. Lehning, Schlosser C. G. A. Jacobi, Vorarbeiter F. Nürnberg, 21. Eisenrecher H. A. Thomsen, Maurer C. G. B. Wendfeld, Kaufmann C. G. H. Schreiber, Maschinenschlosser A. Weichselbaum, 22. Arbeiter Chr. F. F. Dührkop, 23. Arbeiter J. A. Hilbig, Kaufmann H. L. C. Warentin, Vorwerk, Schuhmacher J. C. W. Bollmann, 24. Handlungsgehilfe H. Chr. F. Winter, Arbeiter J. H. F. Giebelstein, 25. Handelsmann H. J. P. F. Groth, Arbeiter A. Chr. Böttcher (Zwilling), Kaufmann H. J. D. Spille, 26. Arbeiter A. H. F. Runge.

Angedrohte Aufgebote.

22. Juni. Arbeiter J. H. A. Beckmann und F. M. A. Math. Schmied C. F. J. Liebenmann und Chr. B. D. L. Raeh, Arbeiter C. E. A. Vernabel und G. O. M. Krüger, Tischler C. H. F. Busch und A. M. L. Kowohl, Bäcker J. Lillenthal und J. A. B. Brede in Krummsee, Maschinenheizer J. A. Göttröm in Hamburg und G. R. D. R. Bamperin in Grefsum, Tischler C. M. Kaller und A. M. A. J. Benthin in Pingelshagen, 23. Schiffszimmermann R. Th. R. Sager in Bremen und Chr. M. B. Wöbbs, Schmied C. F. A. H. Hanke und M. D. Fehren in Haffkrug, Heizer J. G. W. Mett und M. M. W. Benohr, Politzersergeant A. J. Koppa in Reddinghausen und M. A. Kantowski in Gelsenkirchen, 24. Arbeiter R. Logalka und D. J. S. Bethlen in Linau, Maler S. W. Chr. Herzig und M. M. C. D. Hecht, Bahnarbeiter W. G. J. K. Dieckmann und A. M. W. Horn in Webersfelde, Humorist H. W. R. Mohr und M. M. C. Deneke, beide in Bromberg, 25. Schiffer O. F. W. Mangelndorf und M. H. Denker in Badendorf, Arbeiter L. W. Haeßler und A. L. Horstmann, Kaufmann R. H. J. Nebermann und G. J. W. A. Zebler in Danzig, 26. Kriminalschuttmann F. Th. G. Baed in Hamburg und A. K. Th. Kitzlein, Abteilungschef C. Chr. H. Gott und C. R. S. Thiele, Maurer J. G. L. Schumann und A. J. C. Luther, Maschinenschlosser F. L. W. C. Reppenhagen und M. F. Wittfoot, Bankassistent J. H. F. Schwarz und W. G. J. Schmidt, Gastwirt J. R. J. Wittow und M. A. R. Liesberg, beide in Wismar, Gutsjäger L. K. F. Heidmann und M. S. F. Friederike Gehl, beide in Ludorf, Fuhrwerksbesitzer L. A. C. H. Köhler und A. D. C. Reinde in Daffow, Arbeiter H. W. C. Giencke und C. E. M. Seemann.

Geschließungen.

23. Juni. Baunsektor H. L. Studemund und C. C. S. Evers, 24. Privatmann Chr. Grube und die Witwe M. M. R. Bergmann geb. Klinkradt in Jarrentin, 25. Brauer A. A. Noack in Dresden und W. A. H. Fischer, Schmied F. D. B. Meeg und C. J. D. Eggers, 26. Pastor F. W. Kubland in Friedland i. M. und M. L. G. G. Kusch.

Storbefälle.

20. Juni. Früherer Zimmermann H. R. Amogh, 69 J. 21. C. F. G. geb. Müller, Ehefrau des Arbeiters G. C. Eruck, 64 J. Hülfspolizist F. J. C. Böttcher, 70 J. M. D. geb. Moll, Ehefrau des Ingenieurs C. H. J. Vengerdort, 20 J. Ein toter Mädchen, B.: Arbeiter C. G. R. L. A. Lange, Rentier S. D. Grube, 63 J. H. M. R. Schmidt, 1 M. 22. M. C. D. geb. Stein, Ehefrau des Rätters R. D. C. Ehrich, 62 J. G. A. Wulff, 3 M. A. C. D. geb. Biecher, geschiedene Ehefrau des Gierhändlers J. H. G. Eiler, 53 J. A. R. W. Martens, 1 M. Konträrter J. F. F. Woeller, 48 J. A. D. A. G. Schmidt, 58 J. 23. C. W. geb. Rings, Ehefrau des Fabrikarbeiters S. L. C. F. Winter, 34 J. A. G. C. Elmquist, 42. 24. A. A. Friedrichs, 6 M. Ein Knabe, 6 1/2 Stunden alt, B.: Böttcher F. W. Steputat, S. G. Tietten, 3 M. Schlosserlehrling J. W. B. Wienc, 15 J. Arbeiter J. F. W. Sowatz, 19 J. C. H. F. Schacht, 3 J. 25. M. W. geb. Bries, Witwe des Arztes

Dr. med. G. B. Schenck, 89 J. 10 M. L. geb. Schrag, Ehefrau des Malers F. Müller, 30 J. H. C. F. J. Johannsen, 82 J. E. L. M. geb. Mannweiler, Witwe des Privatiers H. G. A. Schwerdfeger, 67 J. Privatmann G. C. H. H. Borch, 73 J. Malermeister J. F. Fick, 71 J. (Bohnstorf), R. J. R. Röhling, 19 J. 26. Ein totes Mädchen, B.: Kaufmann A. H. B. Herfen, F. J. M. W. Johannsen, 1 J. A. J. Horn, 30 J.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingefandt.)

Ganz unhaltbare Zustände

Zeigen sich bisweilen bei der Drehrücke. Ist es schon an sich eine unliebsam empfundene Sache, daß man längere Zeit warten muß, wenn ein Dampf der Brücke passiert, so ist es häufiger der reine Hohn, wenn Hunderte von Menschen darauf warten müssen, damit ein Schiff mit wenigen oder gar keinen Passagieren in abgewohnter Weise seinen Platz an der Holstenbrücke aufsuchen kann. Am letzten Sonntagabend aber war wieder einmal der Höhepunkt erreicht. Um 9 Uhr wurde noch ein Schiff durchgelassen; aber die Drehrücke war nicht zu bewegen, ihrer Bestimmung gemäß eine Verbindung zwischen Stadt und Vorstadt herzustellen, sie streifte! Nun muß man gesehen haben, welche Menschenmassen sich Sonntags über die Drehrücke in die Stadt begeben. Von 9 Uhr bis um 10 Uhr, als wir den Schauspiel verlassen — wahrlich nicht aber noch länger — war der Weg gesperrt. Es fanden sich einige Boote, die den Verkehr aufrechterhalten wollten, zuletzt noch ein Dampf, aber sehr viele Leute mußten den Umweg über die Holstenbrücke antreten, wenn sie nicht fürs Übersehen die geforderten 5 Pf. blechen wollten. Und wie leicht hätten Unfälle sich ereignen können! Mancher wählte den Umweg über die Holstenbrücke, um sich nicht beim Ein- und Aussteigen einer Gefahr auszusetzen. Wäre es hier nicht an der Zeit, über Mittel und Wege nachzusinnen, um derartige langandauernde Verkehrsstörungen zu mildern oder ganz zu beseitigen? Mindestens aber müssen doch die dort postierten Beamten Leute Verhaltungsvorschriften erhalten, damit das Ankommen einer so großen Menschenmasse vermieden wird. Es muß doch der betreffenden Behörde bekannt sein, daß die Drehrücke häufiger ähnliche Anwandlungen hatte! Und in unserer Zeit sind doch wohl technische Schwierigkeiten zur Behebung etwaiger machineller Defekte nicht mehr gegeben. Jedenfalls tut hier baldige Abhilfe dringend not, damit solche Verkehrsstörungen nicht wieder vorkommen. Dann werden auch die vielen Verwünschungen verstummen, die schon über das schlechte Funktionieren der Drehrücke sich in kräftigen Worten Luft machten.

Ein täglicher Passant.

Literarisches.

Das Vereinsrecht, herausgegeben und erläutert vom Genossen Rechtsanwalt Heine-Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist in neuer, und vervollständigter Auflage erschienen. Der Preis für das Büchlein beträgt 50 Pf. Es ist allen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern zu empfehlen und wird auch allen übrigen, im Vereinswesen tätigen Staatsbürgern ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Der Verfasser hat sein Buch für die Praxis bestimmt und er hat deshalb die Ausführungen der Regierungsvertreter zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes wiedergegeben. Das neue Gesetz soll in freihändigem Geiste angelegt werden. Es ist deshalb die Pflicht aller diejenigen, die mit dem Gesetz zu tun haben, darüber zu wachen, daß die Absicht des Gesetzgebers nicht durch Schikanen und Klakereien untergeordneter Polizeiorgane hintertrieben wird. Dazu bedarf es der Kenntnis des Gesetzes und diese will das vorliegende Buch verschaffen. Verantwortlicher Redakteur: F. O. S. Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

4. Distrikt.
Dienstag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus.

Gewerkschafts-Verein.

Komitee-Sitzung
am Mittwoch, den 1. Juli 1908
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 59-52.

Logis zu vermieten.
Birkenstraße 4, Burgau.

Logis für zwei ig. Leute
Mariestraße 43, part.
Schönes Logis für 1 bis 2 Leute.
Langer Lohberg 26, 1.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten.
Hindenburgstraße 22, part.

Ein freundl. möbl. Zimmer nach vorne
zu vermieten. Margarethenstraße 2.

Ein freundl. möbl. Parterre-Zimmer
zu vermieten. Sadowstraße 10, part.

Zweizimmer-Wohnung mit Zubehör
zum 1. Oktober zu vermieten.
Grönfölder Allee 63 a.

Eine kleine Dreizimmer-Wohnung
im Flügel vorm Postamt, zum 1. Oktober zu vermieten. Angeb. unt. L an die Exp. d. Bl.

Zum 15. August resp. 1. September mehrere abgeschlossene große Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen mit Balkon und Kochgas zu vermieten. Näheres Broilingstraße 44, part.

Zweistuben-Wohnung
zu vermieten.
H. Warkentin, Vorwerk bei Lübeck.

Gesucht ein kräftiger Junge
beim Wäschewagen.
F. Jodeit, Beterstraße 2b.

Gesucht per sofort
eine Frau zum Reinmachen
des Geschäftslokals.
Breitestraße 7.

1 junge Frau wünscht Beschäftigung
am Volksfeste in einem Zeit.
Näheres Bülowstraße 40, part. rechts.

Gesucht wird eine Frau, die ein Kind
zwei- bis dreimal täglich an die Brust
nehmen kann.
Weisinger Allee 20.

Schuhmacher
sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung.
C. Schulz, Chajotstraße 16.

Der Arbeitsnachweis
der
organisiert. Schuhmacher
befindet sich vom 1. Juli ab bei
J. Petersen, Kupferschmiedestr. 3
Die Ortsverwaltung.

Dasselbst Schuhmachergehilfen
zu sofort gesucht.

Kleiderschrank.
Ang. mit bill. Preis u. B J a. d. Exped.
Sej. Benzinbohrer, 11. Säubüge und
dergl. Werkzeug, sowie schottische Karre und
wasserd. Latex, 1/4, Ang. mit Preis unt.
B R 45 an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen ges. 1 guterh. Kinderwagen
Ang. unter K S 34 an die Exp. d. Bl.

Kleines Haus, obere Engelsgrube
zu verkaufen. Angebote unter L B an die
Expedition d. Bl.

Ein kleines niedliches Schweizerhaus
passend für Lauben, billig zu verkaufen. Neu.
Wakenitzmauer 128, 2. Etage.

Ein sehr guterh. schw. Gehrock
billig zu verkaufen. Schützenstraße 40, 1.

Ein fast neuer guterh. Kinderwagen
zu verkaufen. Schwartauer Allee 98 a.

Fahnenstange mit Fahne
billig zu verkaufen. Ginfiedelstraße 11, 1.

Vertikow, Spiegelschr., Spiegel,
Sofatische billig.
Mariegrube 51.

Zu verkaufen ein Kinderwagen mit Gummi-
reifen
Vorbeckstraße 5.

Eine große Ladenlampe
billig zu verkaufen. Karpenstraße 27 a.

Eine gutnärende Wehler & Wilson-
Trittmachine für 10 Mk. zu verkaufen.
Lichte Querstr. 22.

Zu verkaufen ein Kinderwagen, Preis 5 Mk.
Glockengießerstraße 16, Hügel.

Guterhaltene starke 2sitzige Sportkarre und
moderner Kinderwagen zu verkaufen
Grönfölder Allee 55, 1.

Ein Kinderwagen mit Gummireifen zu
verkaufen. Schützenstr. 59, 1.

Ein alter großer Schneiderrund
eine Nähmaschine billig zu verkaufen.
Beckergrube 28, 8.

Ein guterhaltener Vivre-Rock
zu verkaufen. Gundestraße 33.

Zu verkaufen Bernhardiner-Hündin
(Ziehhund). Georgstr. 37.

Zu verk. 5 Legehühner u. 2 Kaninchen
(Kamler). Margarethenstr. 4a.

Eine Glucke mit Küten
zu verkaufen. Glasbüttenweg 15.

Kaninchen zu verkaufen.
Näheres Warenstraße 5, 1.

Verloren am Sonntag nachm. eine goldene
Samenbrot mit kurzer Kette. Abzug gegen
Belohnung. Wakenitzmauer 28, II. links.

Nehme noch Wäsche von jungen Leuten
an.
Friedenstraße 22, 2. Etage.

Suche Wäsche jeglicher Art zu übern.
Frau Wegner, Lüchowstraße 29a.

Neue emaillierte Böden werden unter
alte emaillierte Töpfe gesetzt.
Mengstraße 19.

Frau Fehse, Gebärmere
wohnt Warenstraße 50.

Louise Parbst, Ludwigstr. 11
Brot-, Butter-, Bier- und
Brennmaterial- u. Kartoffelhandlung.

Täglich frische Erdbeeren
sowie sämtliche Grünwaren empfiehlt
Richard Nevermann, Ludwigstraße 8.

Magnum bonum-Kartoffeln 10 Ltr. 50 Pf.
Französische Kartoffeln 10 Ltr. 70 Pf.
Lachsweg-Allee 25.

Joh. BOY, Königstr. 61.
bei der Fleischhauerstraße.
Telephon 115. Markt-
hallenstand 46. Mittwoch früh eintreffend:
Steinbutt 65 Pf., Rotungen 40 Pf.,
Seelachs 20 Pf., Rablian 20 Pf.,
Goldbutt in jeder Größe.

Scherm's
Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.